Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die zweite Januarhälfte 450.— Mk. Einzelverkaufspr. 40.— Mk.
Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 130.— Mark, auswärtige 150.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 110 Mk., für Reklamen 520.— Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 15. | Donnerstag, 18. Januar 1923. | 30. Jahrgang.

Neue Sanktionen.

TU. Essen, 18. Januar.

Von amtlicher französischer Seite wird mitgeteilt: Heute noch wird als weitere Sanktion die Beschlagnahme aller leeren Kohlenwagen, sowie der Schleppkähne auf dem Rhein und dem Rhein-Herne-Kanal stattfinden. Es verlautet weiter, daß heute vormittag die Beschlagnahme aller Bergwerke und die Einführung einer Kontrolle über sie erfolgen wird.

Die Verhaftung der deutschen Industriellen bevorstehend.

Paris, 18. Januar.

Die „Liberte" meldet aus Düsseldorf, daß General Simons zur Verhaftung der deutschen Industriellen schreiten wird, wenn die Reparationskohlen tatsächlich nicht geliefert werden.

„Bereit, ins Gefängnis zu gehen".

T.U. Paris, 17. Januar.

Der Vertreter von Krupp, Thomas, hatte nach der Zusammenkunft mit General Simons eine kurze Unterredung mit dem Vertreter des „Petit Parisien", dem er erklärte:

„Wir sind bereit, vor ein Kriegsgericht gestellt zu werden. Auch unsere Verurteilung erwarten wir. Gefängnisstrafe werden wir alle ertragen, alle — alles. Doch werden wir bestimmt keine Kohlen liefern."

Die Kohlenlieferungen.

Der französische Ministerpräsident hat es für notwendig gehalten, im Zusammenhang mit Erklärungen über die Besetzung des Ruhrgebiets die Bevölkerung seines Landes darauf aufmerksam zu machen, daß vielleicht noch „schwere Tage" bevorstehen. Das ist seit langem wieder ein wahres Wort aus dem Munde des Herrn Poincare. So einfach, wie man sich die Aktion gegen die friedliebende Bevölkerung der Ruhr vorgestellt hat, war das Exempel nicht. Nach ungeheurem Kostenaufwand stehen zwar bis vor Münster Tausende französischer und belgischer Soldaten — aber noch nicht eine Tonne Kohle hat Frankreich bisher von seiner wahnsinnigen Aktion profitiert. Und das nennt Herr Poincare „wirtschaftliche Aktion"? Der größte Teil der Produktion geht nach wie vor in das Innere Deutschlands. Daran konnten auch die Kohlenkontrollstellen nicht hindern, die die französische Regierung an den wichtigsten Bahnstationen im Westen Deutschlands einrichten ließ. Auch die Drohungen, mit „confiscation und arrestation" haben sowohl die Zechendirektoren als auch die deutschen Arbeiter nicht abgehalten, eine Lieferung von Kohle an die Staaten Frankreich und Belgien abzulehnen. Was Poincare vermocht hat, war bisher ausschließlich ein Rückgang der Kohlenförderung. Zu einer Ausnutzung der wirtschaftlichen Kräfte des Ruhrgebiets gehört mehr als der Geist tatenlustiger Militärs, deren Ratschläge dem französischen Ministerpräsidenten immer noch über die Vorschläge der Wirtschaftsmänner gehen, die augenblicklich an der Ruhr stehen und vom Hotel „Kaiserhof" zu Essen fortgesetzte Mahnungen nach Paris richten, damit dem Wahnsinn wenigstens vorläufig ein Ende gemacht wird.

Die Antwort der Zechenvertreter.

TU. Essen, 18. Januar.

Die in der gestrigen Düsseldorfer Versammlung den Franzosen gegenübergetreuen Zechenvertreter gaben gestern der Besatzungsbehörde eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Der Unterzeichnete bekennt sich zum Empfang der von dem Generalinspektor der Bergwerke, Coste, erteilten Anordnung vom 15. Januar 1923, in der der Befehl erteilt wird, unverzüglich zur Ausführung der Kohlen- und Koksleferungen im Rahmen des Reparationsprogramms zu schreiten. Dem gegenüber erklärt der Unterzeichnete folgendes:

Der Herr Reichskohlenkommissar hat unter Androhung von Gefängnisstrafen den ausdrücklichen Befehl an alle Zechen des Ruhrgebietes erteilt, keinerlei Brennstoffe an Frankreich und Belgien zu liefern. Ich kann daher dem mir von Herrn Coste erteilten Befehl nicht nachkommen. Ich bin mir bewußt, daß ich bei dieser Haltung mich vollkommen im Einklang mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, des Friedensvertrages, des Rheinlandabkommens und aller ergänzenden Regeln des Völkerrechts befinde, wie sie in allen Kulturstaaten anerkannt sind. Der Befehl meiner zuständigen Behörde schafft für die Zechenvertreter einen Fall von höherer Gewalt, bei dem auch nach dem französischen Recht jede persönliche Verantwortlichkeit ausgeschlossen ist, er ist als Eingriff von höherer Hand für mich absolut bindend. Außerdem würde bei der heutigen Sachlage eine Lieferung von Brennstoff an Frankreich und Belgien die Aktion fördern, welche Frankreich und Belgien im Gegensatz zu unserer Regierung gewaltsam durchzuführen versuchen. Niemand kann gezwungen werden, gegen sein Vaterland zu handeln und eine ehrlose Handlung zu begehen. Zusammenfassend stelle ich fest und erkläre hiermit auf das bestimmteste:

Zu einer Handlung gegen mein Vaterland und zu einer ehrlosen Handlung lasse ich mich nicht zwingen!

gez.: Unterschrift.

Scharfe Stellungnahme des Düsseldorfer Regierungspräsidenten.

Düsseldorf, 18. Januar.

Der Regierungspräsident von Düsseldorf, Genosse Grützner, hat an den Ortsdelegierten für die deutsche Zivilverwaltung, General Devinanes, einen Brief folgenden Inhalts gerichtet:

Zunächst teile ich mit, daß die zu der gestrigen Besprechung in Düsseldorf geladenen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine äußerst starke Erregung versetzt worden sind durch die Behandlung, die ihnen gestern zuteil geworden ist. Sie haben dieser Entrüstung mir gegenüber den stärksten Ausdruck gegeben. Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die mich gestern nach der Sitzung aufgesucht haben, haben mir gegenüber ihren festen Willen ausgesprochen, niemals wieder zum Zweck von Verhandlungen vor der französischen Besatzungsbehörde zu erscheinen. Ich gebe hiervon Kenntnis, weil ich verpflichtet bin, der Besatzungsbehörde alle Momente mitzuteilen, die erhebliche Erregung in der Bevölkerung hervorgerufen haben. Ich fasse diese Aufgabe dahin auf, daß ich auch solche beunruhigenden Momente mitzuteilen habe, die nach Ansicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch das eigene Vorgehen der Besatzungsbehörden hervorgerufen worden sind, welche jedes Verständnis für die Behandlung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrgebietes vermissen lassen. Ich habe das dringende Ersuchen auszusprechen, in Zukunft jede Requirierung von Lebens- und Futtermitteln in den städtischen und ländlichen Bezirken des gesamten besetzten Gebietes nicht nur des gegenwärtig neubesetzten Gebiets zu unterlassen. Schließlich habe ich noch mit aller Schärfe davor zu warnen, irgend welche Maßnahmen zu ergreifen, die eine Abschnürung des Ruhrgebietes von dem unbesetzten Deutschland herbeiführen könnten. Die Einrichtung einer Zollinie würde zur Folge haben, daß ebenso wie mit der Verhängung der Sanktionen des Jahres 1921 und in weit größerem Maße wegen der weit schwieriger liegenden Verhältnisse im Ruhrgebiet eine vollkommene Verwirrung und Stockung der Verkehrsmittel, namentlich der Eisenbahnen herbeigeführt werden würde. Nennenswerte Vorräte an Kartoffeln für die arbeitende Bevölkerung des Industriegebiets sind nicht vorhanden. Ich warne deshalb eindringlich vor allen Abschnürungsmaßnahmen.

Liebeswerben um die Arbeiter.

SPD. Essen, 18. Januar. (Drahtber.)

Die Besatzungsbehörde läßt in ihrem Bestreben, die Arbeiter des Ruhrgebietes für sich zu gewinnen, trotz der Mißerfolge nicht nach. Heute nachmittag fand wiederum eine Aussprache mit den Bezirksleitungen der Eisenbahnerverbände statt. Oberst Simon erklärte den Vertretern der Eisenbahnerverbände, daß sie nicht gekommen seien, um Eroberungen zu machen, sondern daß sie nur laut Friedensvertrag die deutschen Verpflichtungen einzutreiben hätten. Der Arbeiterschaft würde in ihren Bestrebungen jedenfalls nichts von der Besatzungsbehörde in den Weg gelegt werden. Im Gegenteil, was der Arbeiterschaft in Deutschland vorenthalten werde, würde die Besatzungsbehörde ihr zukommen lassen. Oberst Simon äußerte dann noch den Wunsch, daß die Arbeiterschaft der Besatzungsbehörde Vertrauen entgegenbringen solle. Alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiter würden wohlwollend geprüft und nach Möglichkeit zugunsten der Arbeiter geregelt. Die Arbeitervertreter protestierten zunächst gegen die Besetzung, die sie als Rechtsbruch und Vergewaltigung bezeichneten. Sie stellten dem Oberst die Frage, ob die deutschen Gesetze von der französischen Behörde im Ruhrgebiet respektiert würden. Im übrigen erklärten sie, daß sie nur die deutschen Behörden als Vermittler in Arbeiterfragen anerkennen würden. Oberst Simon erklärte darauf, daß die Besatzungsbehörde die deutschen Gesetze respektiere und selbstverständlich immer nur in Gemeinschaft mit den Arbeitern und der Eisenbahnverwaltung verhandeln würde. Grundsatz sei allerdings, daß die Eisenbahn rolle und nicht zum Erliegen gebracht werde. Daraufhin erklärten die Vertreter der Eisenbahnerverbände, daß sie zur Besatzungsbehörde kein Vertrauen hätten. Das Wohlwollen sei übrigens schon durch die Tatsache widerlegt, daß durch die Besetzung des Ruhrgebietes eine Steigerung der Lebenshaltung für die deutschen Arbeiter um 50 % eingetreten sei. Die Arbeitervertreter wiederholten noch einmal, daß sie kein Vertrauen zur Besatzungsbehörde hätten und daß sie am allerliebsten mit ihr nicht in Berührung kämen. Für Verhandlungen käme ebenfalls nur die deutsche Eisenbahnverwaltung in Frage.

Die militärische Aktion beendet?

Düsseldorf, 18. Januar.

Mit der Erreichung der gestrigen Linie ist die militärische Aktion, wie General Degoutte Pressevertretern erklärte, vorerst beendet. Er glaubt nicht, daß die Besetzung weiter gehe, da aus Paris neue Instruktionen nicht vorliegen.

Beschlagnahmte Waggons und Kohlenkähne.

TU. Paris, 17. Januar.

Wie „Petit Parisien" mitteilt, haben die alliierten Börden bis gestern abend eine Reihe von Waggons und ein Kanal-Schiff mit einem Gesamtinhalt von 3900 Tonnen beschlagnahmt.

Italien beteiligt sich an den Sanktionen.

Paris, 18. Januar.

Die französische, die belgische und die italienische Regierung haben den Befehl zur sofortigen Ausbeutung der Domanialforsten des linken Rheinufers erteilt als Sanktion für die am 16. Januar durch die Reparationskommission festgestellten Verfehlungen bei den Holzlieferungen.

Ein englischer Kohlen-Kredit.

TU. London, 17. Januar.

Der „B. Z."-Korrespondent erfährt an maßgebender Stelle, daß es Stinnes gelungen sei, von einer Gruppe Londoner Banken einen Kredit von zwei Millionen Pfund Sterling zu erhalten zum Ankauf von 1½ Millionen Tonnen Kohle.

Dollar 23000.

Der Kampf um die Kohle.

Das französische Manöver.

Berlin, 17. Januar.

SPD. Bei Abschluß des Waffenstillstandes befanden sich die französischen Bergwerke des Nordens und Pas-de-Calais in übler Verfassung. Ein Teil lag in der Kampfzone und sah selbstverständlich entsprechend aus; andere lagen hinter den deutschen Linien und wären noch produktionsfähig. Sie wurden aber noch in letzter Stunde aus „militärischen Gründen" produktionsunfähig gemacht.

Frankreich beanspruchte deshalb sofort zu Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen die Bergwerke des deutschen Saarbeckens als Ersatz. Im Versailler Vertrag waren außerdem folgende Kohlenlieferungen an die Staaten der Alliierten vorgesehen:

1919/20	43 Mill. To.	1922/23	46,5 Mill. To.
1920/21	44,5 Mill. To.	1923/24	47 Mill. To.
1921/22	46 Mill. To.	1924/25 je	35 Mill. To.

Nach § 10 der Anlage V zum Teil VIII des Versailler Diktats war eine 120tägige Anmeldefrist für den Beginn der Kohlenlieferungen bestimmt. Der Vertag wurde am 10. Januar 1920 unterzeichnet, und die Reparationskommission überreichte ihre erste Anforderung zum Beginn der Kohlenlieferungen am 30. Januar 1920. Es bestand also für Deutschland keine Verpflichtung, mit den Lieferungen vor dem 30. Mai 1920 zu beginnen. Deutschland hatte aber schon bis zu diesem Zeitpunkt freien Verinbarungen folgend 6 384 343 Tonnen Kohle und Koks zum deutschen Inlandspreise von 192,40 Mk. (Aprilpreis 1920) geliefert, wogegen der Weltmarktpreis 1200 bis 1300 Mk. stand.

Mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages wurden Deutschland, gemessen an der Förderung des letzten vollen Friedensjahres, 17 Millionen Tonnen Steinkohle durch den Verlust des Saargebiets und Lothringens entzogen. In Verhandlungen mit der Reparationskommission gelang es, diese zu überzeugen, daß Lieferungen in der Höhe der Vertragsbestimmungen für Deutschland unmöglich seine. Sie begnügte sich für Juni und Juli 1920 mit einer Sollmenge von insgesamt 4,71 Millionen Tonnen. Diese Sollmenge konnte damals nicht geliefert werden, weil die interalliierte Plebiszitkommission Deutschland die oberschlesische Kohlenverteilung entzogen und bestimmt hatte, daß das Reich beim Bezug von oberschlesischer Kohle erst an letzter, sechster Stelle zu berücksichtigen sei.

Im Juli 1920 fanden die Verhandlungen in Spa statt. Sie endeten mit der Vereinbarung, daß Deutschland vom 1. August 1920 bis 31. Januar 1921 12 Millionen Tonnen Steinkohle liefern sollte. In den ersten drei Monaten wurde dieses Lieferpogramm restlos erfüllt, aber Deutschlands Wirtschaft wurde vollständig ausgepumpt, und es entstand in den letzten drei Monaten der Spa-Lieferungen ein Minus von 700 000 Tonnen. Auf das Spa-Programm waren sonach 11,3 Mill. To. geliefert worden.

In den Spa-Vereinbarungen war bestimmt, daß die Kohlenempfangsländer eine Prämie von 5 Goldmark bezahlen sollten. Als Gegenleistung war den Empfangsländern die Auswahl von besonderen Kohlensorten und Qualitäten zugestanden. Mit der eingehenden Geldsumme sollten Nahrungsmittel für die Bergarbeiter beschafft werden. Deutschland lieferte auch programmäßig die ausgewählten Sorten, sodaß Frankreich für 6 602 170 To. a 5 Mk. = 33 010 856 Goldmark zu zahlen hatte. Es erhob Einwendungen und erklärte, daß die gelieferten Kohlensorten nicht allen Wünschen entsprochen hätten und zahlte nur 18 982 292 Mark. Deutschland erlitt hierbei eine Einbuße von 14 028 561 Goldmark. Deutschland war natülich zu keiner Zeit in der Lage, andere Kohlensorten, als wie es selbst besaß, zu liefern. Nach dem Ablauf des Spa-Programms wurden kurze Lieferprogramme vereinbart, die teilweise über die Mengen des Spa-Programms hinausgingen, auch zeitweilig darunter blieben. In der Sortenfrage aber wurde besonders Frankreich immer anspruchsvoller. Vor allem steigerte es seine Ansprüche in den Lieferungen von Koks und Kokskohle.

Als Frankreich auf Grund des Versailler Vertrages die Saarbergwerke in Verwaltung nahm, glaubte es, den Koksbedarf für die erhaltene lothringische Eisenindustrie aus der Saarkohle decken zu können. Es wurden eingehende Versuche zur umfangreichen Verkokung der Saarkohle unternommen. Sie erwiesen sich jedoch als Fehlschlag. In Deutschland war bekannt, daß die Versuche so ausgehen würden. Wäre die Saarkohle in gleicher Weise und Güte wie die Ruhrkohle verkokbar gewesen, dann wäre Deutschland dazu übergegangen, den Koksbedarf für die früher besessene lothringische Eisenindustrie aus dem Saarrevier zu decken. Hierdurch wären große Ersparnisse an Transportkosten erzielt worden.

Jedenfalls wurden, nachdem Frankreich die Verkokung von Saarkohlen als nicht lohnend erkannt hatte, nicht nur die Forderung an Mengen, sondern auch an Qualitäten und Sorten besonders drückend. Als dann im Sommer 1922 Oberschlesien verloren ging, war es beim besten Willen nicht mehr möglich, die Ansprüche voll zu erfüllen. Die deutsche Reichsregierung ha dteshalb während der im Juli 1922 geführten Verhandlungen mit der Reparationskommission dringend, den Verlust in der Steinkohlenfördeung bei der Festsetzung eines neuen Lieferungsprogramms zu berücksichtigen. Sie erklärte, nicht in der Lage zu sein, über 1,340 Millionen

Tonnen monatlich abgeben zu können. Ferner machte sie das Angebot, die eingetretenen Rückstände in Kokskohlenlieferungen durch den Ankauf von englischer Kokskohle für Frankeich zu decken. **Beide Vorschläge wurden nicht berücksichtigt.** Die Reparationskommission bestimmte, ohne Rücksicht auf die Lage, daß Deutschland monatlich 1,6 Millionen Tonnen aus seiner eigenen Produktion liefern und 125 000 Tonnen in Ost-Oberschliesien für die Entente kaufen sollte. Ferner war bestimmt, daß, sobald die deutsche Steinkohlenförderung sich über 8,3 Millionen Tonnen hinaus steigert, 20 Pozent der Mehrförderung an die Entente geliefert werden sollten. Deutschland hat dieses Programm nicht anerkannt; besonders hat es sich nicht für verpflichtet gehalten, 125 000 Tonnen Kohle in Ost-Oberschlesien zu kaufen und an die Entente abzugeben. Es hat gegen dieses Ansinnen schärfste Verwahrung eingelegt. Ohne Rücksicht auf die Möglichkeit der Erfüllung wurde dieses Programm von der Reparationskommission auch für die Zeit vom 1. November 1922 ab wieder aufgestellt.

In einer Denkschrift an die Pariser Konferenz erklärt die französische Regierung, daß der böse Wille Deutschlands umsoweniger bestritten werden könne, als die Mengen, die jetzt von Deutschland durch das Programm der Reparationskommission verlangt würden, geringer wären als der Export deutscher Kohle vor dem Kriege nach Frankreich. Deutschland habe nach Frankreich und Luxemburg im Jahre 1913 17,8 Millionen Tonnen Kohle exportiert, was einem Monatsquantum von 1,483 Millionen Tonnen entsprechen würde. Diese Zahlenangaben sind von der heutigen Lage Deutschlands aus gesehen objektiv unrichtig. Es sind in ihnen die **Kohlenlieferungen aus dem Saargebiet und Lothringen an Frankreich und Luxemburg enthalten.** Die dort gewonnene Steinkohle hat Deutschland zurzeit gar nicht zu seiner Verfügung; sie untersteht restlos der französischen Administration. Da Frankreich im Besitz der Kohle des Saarbeckens und Lothringens ist, müssen jene Mengen, die es aus diesen Gebieten bezog, von der gegebenen Einfuhrzahl aus Deutschland in Abzug gebracht werden. Nur dann könnte die Berechnung einigermaßen Anspruch auf Objektivität machen. Dann ergibt sich aber auch, daß Deutschland trotz verkleinerter Kohlenproduktion **weit über den Export von 1913 hinaus** an Frankreich geliefert hat. Nach den Ziffern, die von den deutschen Unterhändlern ermittelt wurden, betrug der Rückstand Deutschlands, auf der Grundlage der von den Zechen versandten Mengen an die gesamten Empfangsländer der Entente 8 Prozent und bei den Lieferungen an Frankreich und Luxemburg 9 Prozent gegenüber den Anforderungen. Hierbei ist zu beachten, daß französische Kontrolleure schon vor dem Abtransport von den Zechen große Mengen beanstandet und zurückgewiesen haben. Die Zurückweisungen beziffern sich auf ungefähr 3 Prozent. Auch mit militärischer Macht wird Frankreich nie in der Lage sein, andere Kohlensorten aus dem Ruhrrevier zu bekommen, als sie dort vorhanden sind. Der gesunde Menschenverstand verbietet zu glauben, daß Frankreich wegen der geringen Fehlmengen in das Ruhrrevier eingerückt wäre. Im Handelsgebrauch für große internationale Kohlengeschäfte **wird ein Spielraum von 10 Prozent stillschweigend** und berechtigt anerkannt. Dieser ist nicht überschritten worden. Darum müssen schon andere, imperialistische Gründe für den Gewaltmarsch in das Ruhrrevier bestimmend gewesen sein.

Heinrich Löffler.

Reichstag.

Mittwoch, 17. Januar, nachmittags 2 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Präsident Löbe ein Telegramm des Salzburger Landtages, der seine Trauer über „die neuerliche wider alles Recht erfolgte Vergewaltigung Deutschlands durch die unter nichtigen und heuchlerischen Vorwänden veranlaßte französische Besetzung des Ruhrgebietes" zum Ausdruck bringt.

Der Präsident knüpft an die Verlesung dieses Telegrammes folgende Worte: Inzwischen hat die militärische Unterjochung des Ruhrgebiets das erste Menschenleben gefordert und die schwere Verwundung mehrerer Landsleute herbeigeführt. Das Singen von Liedern, die die Eroberer als gegen sich gerichtet betrachtet haben, genügte den fremden Soldaten, in die Menschenmenge hineinzuschießen und ihre Hände mit dem Blute des Unschuldigen zu beflecken. Das aber kommt auf das Haupt der Männer in Paris (lebh. Zustimmung), die dieses militärische Unternehmen gegen ein wehrloses unbewaffnetes Volk begonnen haben. Ich wiederhole blutigen Herzens meine Mahnung an die Landsleute im Ruhrgebiet, wir wiederholen aber auch unsere Warnung an die Gewalthaber. Sie sehen müssen, daß, wenn sie hier nicht bald Halt gebieten, sie einem furchtbaren Ende entgegentreiben, daß die [illegible] Besetzung die Reparationen nicht größer macht, aber Haß und Erbitterung ins Riesengroße steigert. (Lebh. Beifall. — Die Mitglieder hatten diese Worte stehend angehört.)

Auf die Tagesordnung wird noch folgender Initiativantrag bzw. ein Ermächtigungsgesetz gesetzt.

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, mit Zustimmung des Reichsrats diejenigen gesetzlichen Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abwendung der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahren als notwendig erweisen. Die Verordnungen der Reichsregierungen sind dem Reichstag unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und auf dessen Verlangen außer Kraft zu setzen. — § 2. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft.

Es werden dann kleine Anfragen erledigt, unter denen sich eine der deutschnationalen Fraktion befindet, die wegen der Aeußerung des Vorsitzenden im Scheidemann-Prozeß anfragt. Senatspräsident Dr. Schmitz hatte bekanntlich zu dem Angeklagten Oehlschläger gesagt: „Muß denn immer gelogen werden? Lügen und Betrügen war [illegible], niemals aber war es deutsche Art." — Ein Regierungsvertreter teilt mit, daß der genaue Wortlaut nicht festzustellen sei. Dem Sinne nach aber sei die Aeußerung des Vorsitzenden dahin gegangen, daß die auf Unterstützung der Wahrheit ausgehende Art der Verteidiger des Angeklagten [illegible] den Erklärungen entsprechen möge, die diese im Laufe der Verhandlung zur Rechtfertigung seines Verhaltens als deutsch angegeben habe, daß dieses Verhalten aber mit wirklich deutscher Art nichts zu tun habe.

In zweiter Lesung wird der von allen Parteien eingebrachte Gesetzentwurf über Erhöhung der Drucksätze und des landwirtschaftlichen Jahresarbeitsverdienstes landwirtschaftlicher Arbeiter erledigt. Es werden in Zukunft die Drucksätze gleichzeitig im ganzen Reiche für Zeiträume festgelegt, die der Arbeitsminister bestimmt. Das gleiche gilt für die Festsetzung der landwirtschaftlichen Jahresarbeitsverdienste.

Es folgt dann die Beratung des sozialdemokratischen Antrages auf Einsetzung eines [illegible] Untersuchungsausschusses, der ermitteln soll, inwieweit Produzenten, Groß- und Kleinhandel die Warenpreise unbegründet erhöht haben.

Abg. Jäckel (Soz.) begründet den Antrag damit, daß die Produktions- und Handelsunkosten für deutsche Waren nicht entfernt so gestiegen sind, daß die Anpassung ihrer Preise an den Weltmarktpreis gerechtfertigt wäre. Es zeige sich bei diesen unerhörten Preissteigerungen die Gewinnsucht der Produzenten und Händler, die immer zum Schaden der Konsumenten ausschlägt. Die Ruhrbesetzung steigere die Tendenz der Preiserhöhung und die Regierung habe daher die Pflicht, dafür zu sorgen, daß die Lasten nicht wieder allein auf die Schultern des alten und neuen Proletariats gewälzt werden. Nur durch eine gewisse Nationalisierung der Wirtschaft könne die Gewinnsucht der Sachwertbesitzer begrenzt werden und die weitere Verelendung der Verbrauchermassen aufgehalten werden.

Abg. Korthaus (Z.) stimmt der Bildung des Untersuchungsausschusses zu. — Abg. Hammer (DN.) begrüßt es, daß der Antrag folgende Fassung erhalten hat: „Die Regierung wird ersucht, der unbegründeten Erhöhung der Warenpreise der Produzenten, Groß- und Kleinhändler mit allen Mitteln entgegenzuwirken."

In dieser Fassung wird der Antrag nach kurzer Debatte, in der Abg. Beythien (DV.) und Frau Dr. Beumer (Dem.) dem Antrag zustimmen, während ihn Abg. Koenen (Komm.) und Abg. Wegmann (wild) ablehnen, angenommen.

Es folgt dann die Beratung des Ermächtigungsgesetzes.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, die Unterschrift der sozialdemokratischen Fraktion könne nur durch einen Irrtum des Reichstagsbureaus unter den Inintiativantrag gekommen sein. Die sozialdemokratische Fraktion habe ihre Zustimmung dazu nicht gegeben, weil sie sich dagegen wende, daß der Reichstag in dieser kritischen Situation auseinandergehe.

Abg. Höllein (Komm.) protestiert gegen den Antrag, der auf eine unverhüllte Diktatur des Kapitalismus hinauswolle und die Wiederholung des Ausnahmegesetzes von 1914 bedeute.

Abg. Ledebour (wild) lehnt das Ermächtigungsgesetz ab, unter dem die Regierung alles tun könne, was ihr beliebe.

Abg. v. Guerard (Z.): Wir haben den Antrag gestellt, weil wir wünschen, daß in der schwierigen politischen Lage der Regierung die notwendigen Mittel an die Hand gegeben werden, um schnell Maßnahmen ergreifen zu können. Da von den Sozialdemokraten Widerspruch erhoben ist, beantrage ich Ueberweisung an den Rechtsausschuß und Anberaumung der nächsten Sitzung des Plenums spätestens am Donnerstag nächster Woche.

Vor der Abstimmung über diesen Antrag bezweifelt Abg. Ledebour die Beschlußfähigkeit des Hauses. — Das Bureau stellt die Beschlußunfähigkeit fest und Vizepräsident Dr. Rießer setzt die nächste Sitzung auf Donnerstag, den 25. Januar, nachmittags 2 Uhr mit der Maßgabe an, daß der Reichstag erforderlichenfalls auch früher einberufen werden kann. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht die erste Lesung des Reichshaushalts für 1923.

Schluß gegen ½8 Uhr.

England prophezeit Frankreichs Niederlage.

London, 17. Januar.

Die Besetzung Dortmunds durch die Franzosen und der Sturz der Mark wird in der Presse lebhaft besprochen. Die Blätter heben hervor, daß nach britischer Ansicht die Ereignisse im Ruhrgebiet auf eine **Katastrophe** hintreiben.

„Pall Mall and Globe" zufolge ruft die Lage im Ruhrgebiet **immer größere Besorgnisse** hervor. In amtlichen Kreisen sei man der Ueberzeugung, daß der Vormarsch der Franzosen zur Katastrophe führe. Die britische Regierung sei **noch nicht** bereit, eine entschiedene Aktion zu unternehmen, aber die Ansicht gewinne ständig an Boden, daß eine solche Aktion **nicht mehr lange verschoben** werden könne, wenn nicht eine durchgreifende Aenderung in der Gesamtlage eintrete. **Bonar Law** befasse sich fast **ununterbrochen** mit der Lage. Es werde ernstlich bezweifelt, ob Frankreich eine erniedrigende Niederlage seiner Politik vermeiden könne.

„Evening Standard" schreibt über das Vordringen der Franzosen, es handle sich um eine **Probe der Ausdauer.** Frankreich müsse sich bei jedem Schritt fragen, ob der nächste Schritt der Mühe wert sei. Es könne nicht mehr zurück. Jeder Regung des Widerstandes auf seiten Deutschlands müsse mit einer Gegenbewegung entgegengetreten werden. Jede Gegenbewegung müsse zu **neuen Schwierigkeiten** führen, und das Maß des Schadens müsse wohl einen Umfang annehmen, der außerhalb der Wirtschaftsfähigkeit Frankreichs liege, vielleicht sogar außerhalb seiner militärischen Stärke.

London, 17. Januar.

Der Berliner Berichterstatter der „Times" schreibt, es beständen Anzeichen dafür, daß in Deutschland die Politik eines **passiven Widerstandes**, wenigstens für den Augenblick **stärker** sei als die Politik der **Verhandlungen** mit der Entente als **Ganzem**. Selbst die **Sozialisten** erklärten, daß **das Frankreich Poincarés nirgends geschlossenere Gegner habe als unter den deutschen Arbeitern** und daß es sich nur um die Frage handle, ob angesichts der **Not**, die unvermeidlich für das deutsche Volk kommen müsse, die deutsche Republik aushalten könne, bis in Frankreich ein Regierungswechsel stattfinde und bis ein von seiten Großbritanniens und Amerikas ausgeübter Druck eine Wandlung zum Bessern zustande bringen könne.

Auch die tschechischen Arbeiter protestieren!

SPD. Prag, 17. Januar.

Der Vollzugsausschuß des Parteivorstandes der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterschaft der tschechoslowakischen Republik hat in seiner letzten Sitzung zu dem Anschlag der französischen und belgischen Regierung auf Deutschland gegen das Ruhrgebiet Stellung genommen. Die dort geführten Debatten ergaben die einmütige Auffassung, daß diese militärische Besetzung der Kohlenkammer Deutschlands eine Verletzung des Friedensvertrages in sich faßt, die einer Zerreißung gleichkommt und daß sie ebenso einen ungerechtfertigten Eingriff in die Selbständigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands wie einer weiteren Erschöpfung der europäischen Wirtschaft und einer unmittelbar schwersten Bedrohung des Friedens gleichkommt. Der Vollzugsausschuß sprach die Ueberzeugung aus, daß das verantwortungslose Vorgehen der französisch-belgischen Regierungen wie für alle Staaten, so auch für die Tschechoslowakische Republik die schwerste Schädigung ihres Wirtschaftsverhältnisses, eine weitere Steigerung der Krise mit ihren furchtbaren Folgen für die ohnehin schwer heimgesuchte Arbeiterschaft zeitigen muß. Er faßte den Entschluß, der Arbeiterschaft Deutschlands, der durch das wahnwitzige Vorgehen des französischen Imperialismus vermehrte Not und erneutes Leid auferlegt wird, die innigsten Sympathien auszusprechen. Die deutschen sozialdemokratischen Arbeiter der Tschechoslowakischen Republik fühlen sich in ihrem Protest mit der sozialistischen Arbeiterschaft Englands, Frankreichs, Belgiens und anderer Staaten einig und begrüßen es freudig, daß das Proletariat dieser Länder **den Kampf gegen den Anschlag** auf den Frieden der Welt **eröffnet hat**. Die Aktion zur Erhaltung des Friedens muß international organisiert werden. In dem Augenblick, wo der Nationalismus und Imperialismus aufs neue die Welt in Brand zu stecken und die Arbeiterklasse Europas neuerlich das Opfer der Träger des Kapitalismus zu werden droht, muß das internationale sozialistische Proletariat sich zu gemeinsamer Aktion zusammenschließen. Aus diesem Grunde fehle der Vollzugsausschuß der deutschen sozialistischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik ferner den Beschluß, die sofortige Abhaltung des für den Monat Mai in Hamburg geplanten internationalen Sozialistenkongresses zu verlangen.

„Maßnahmen".

SPD. Der Reichsernährungsminister empfing am Mittwoch die Vertreter der Gewerkschaften aller Richtungen zu einer Besprechung über die augenblickliche Ernährungslage und die beabsichtigten Maßnahmen der Regierung zur Sicherung der Volksernährung. Der Minister teilte mit, daß u. a. eine wesentliche Einschränkung des Konsums an Fleisch, Eiern und Milch in den Gastwirtschaften, eine Beschränkung der Schokolade- und der Kuchenherstellung geplant sei. Die Gewerkschaften stimmten den Vorschlägen der Regierung zu und erweiterten sie dahin, daß die Verwendung von Zucker zur Herstellung von Likör verboten und eine stärkere Ausmahlung des Auslandgetreides angeordnet wird, um die Unterschiede in der Qualität des Markenbrotes und des freien Brotes zu vermindern. Nach Ansicht des Ministers ist die Brotversorgung auf Monate hinaus gesichert. Für Kartoffeln gilt dasselbe.

Herabsetzung der Polizeistunde im ganzen Reich.

Berlin, 17. Januar.

Die Reichsregierung wird heute nachmittag ihre Beratungen über die gegenwärtige Lage fortsetzen. Dabei werden heute wahrscheinlich bestimmte Maßnahmen, die im Inneren zu treffen sind, erörtert werden. An diesen Besprechungen werden auch Mitglieder der preußischen Regierung teilnehmen. Es ist erwogen, die Polizeistunde erheblich herabzusetzen und wird diese voraussichtlich auf 11 Uhr festgesetzt werden. Ebenfalls wird ein Verbot öffentlicher Tanzlustbarkeiten erfolgen. Diese Maßnahmen werden wahrscheinlich schon in allernächster Zeit, vielleicht schon morgen oder übermorgen in Kraft treten.

Spart Kohlen!

Die Durchschnittsförderung an Kohlen aus dem Ruhrgebiet betrug in den letzten Monaten 8,1 bis 8,2 Millionen Tonnen. In den übrigen Reichsstellen wurden insgesamt 1,85 Millionen Tonn. gefördert. 43 % der Ruhrkohlenförderung ist außerhalb des jetzt besetzten Gebietes verwandt worden. Die Kohlenförderung aus dem Ruhrgebiet wird in Zukunft infolge der zu erwartenden Schwierigkeiten wenigstens vorläufig zu einem wesentlichen Teile für die Verwendung im Innern Deutschlands nicht mehr in Frage kommen, sodaß für die Industrie in den unbesetzten Gebieten nur rund 2 Millionen To. zur Verfügung stehen. Mit dieser Tonnenzahl kann Deutschland seine Produktion kaum aufrecht erhalten. Es heißt deshalb zunächst sparen, bis daß auch die Situation im Ruhrgebiet geklärt ist. Sparmaßnahmen zu ergreifen ist vor allem Aufgabe der Reichsregierung. Uns erscheint es zweckmäßig, zunächst die Aufmerksamkeit auf die Lichtreklame zu wenden, die gerade in letzter Zeit eine außergewöhnliche Ausdehnung erfahren hat. Zwar wird behauptet, daß der Verbrauch an Kohle für diese Reklame in Berlin nicht besonders groß ist. Das mag sein. Rechnet man aber das ganze Reich, dann ergibt sich immerhin ein Aufwand an Kohle, der jedenfalls an anderer Stelle bessere Verwendung finden könnte. Wir erwarten von der Regierung, daß sie in dieser Hinsicht eingreift und im übrigen allgemeine Spar-Richtlinien auf den Kohlenverbrauch erläßt.

*

Der Berliner Polizeipräsident hat im Hinblick auf die drohende Kohlenlage für den Landespolizeibezirk Berlin mit Wirkung vom 18. Januar ab die Polizeistunde um zwei Stunden verkürzt und auf 11 Uhr abends festgesetzt. Ausnahmen von dieser Polizeistunde sollen in keinem Falle gewährt werden. Außerdem wurde das Verbot der 5-Uhr-Tee Tänze auf alle Tanzlustbarkeiten ausgedehnt.

Die klare Linie!

Der Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Reichswehr setzte am Mittwoch an Hand der inzwischen eingetroffenen Akten seine Beratungen über die Vorgänge auf der Marineschule in Mürwik fort. Der Ausschuß billigte die Berichte der Auffassung nach, **daß tatsächlich gegen rechts nicht mit der Schärfe vorgegangen würde, die man gegen links beliebte.** Man mußte sogar den Eindruck gewinnen, daß gegen rechts mit großer Zurückhaltung und Duldung verfahren würde. Aus diesen Umständen könne man sich auch erklären, daß die staatsfeindlichen Lieder nicht auszurotten sind. Reichswehrminister Dr. Geßler erklärte, er verfolge eine klare Linie und gebe mit gleicher Schärfe gegen rechts und links vor. Staatsfeindliche Gesinnung, die sich im Absingen des Loewenfeld- und Ehrhardt-Liedes äußere, würde stets unnachsichtlich mit Verabschiedung und Entlassung geahndet. Die noch vorliegenden unerledigten Einzelfälle über Mürwik wurden dem Berichterstatter zu eingehender Prüfung überwiesen. In der nächsten Sitzung wird darüber Bericht erstattet werden.

Niederschönenfeld.

Landtagsabg. Hagemeister gestorben.

Bisher sind alle Versuche, die Opfer der bayrischen Sondergerichte zu befreien, vergeblich gewesen. Jetzt ist einer der in Niederschönenfeld Inhaftierten gestorben. Um so dringlicher muß die Forderung nach Amnestie der aus politischen Gründen Verurteilten, die in ganz Deutschland freigelassen sind, jetzt auch für Bayern erhoben werden. Wolffs Bureau meldet: Der kommunistische Abg. Hagemeister ist in der Festungsstrafanstalt Niederschönenfeld an einem Herzleiden gestorben. Hagemeister war wegen hochverräterischer Bestrebungen zu längerer Festungshaft verurteilt worden und hätte noch etwa zehn Jahre zu verbüßen gehabt. Der Nachfolger im Landtag ist der Monteur Gar-München.

Gegen die Not der Presse.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat einen Gesetzentwurf eingebracht, der dem Waldbesitz die Pflicht zu monatlichen **Lieferungen von 90 000 Raummetern Papierholz** vom 1. April 1923 ab auferlegt. Die Länder sind berechtigt, die von ihnen zu leistenden Holzmengen bis zu einem Drittel auf die nichtstaatlichen Waldungen umzulegen. Die Länder haben zwei Drittel der aufzubringenden Holzmenge zum Preise von 1000 Mark für das Raummeter geschälten Holzes bezw. 840 Mk. für das Raummeter ungeschälten Holzes, den Rest zu einem am Lieferungsorte geltenden Durchschnittspreise zu liefern. Dieser darf jedoch den Preis von 2500 Mk. für geschältes Holz bezw. 2100 Mk. für ungeschältes Holz nicht übersteigen. Die Zuteilung der von den Ländern zur Verfügung gestellten Holzmengen an die Papierholzverbraucher erfolgt durch Vermittlung einer neu zu gründenden gemeinnützigen Gesellschaft „Druckpapierbeschaffung".

Der Antrag ist in Verbindung mit der Vorlage der Reichsregierung auf Erhöhung der Waldabgabe bereits in der gestrigen Sitzung des Reichstages zur Verhandlung gekommen.

Wann folgen Taten?

Der Dollar stieg gestern bis auf 17 000. Am Devisenmarkt droht eine Panik infolge des Umstandes, daß die Besetzung des Ruhrgebietes und des Ausfalls der Kohlenversorgung einen stärkeren Devisenbedarf zur Deckung einer erhöhten Wareneinfuhr erwarten läßt. Die Spekulation hat sich das bereits zunutze gemacht. Sie, die aus der Not des Volkes Profite zu ziehen nachgerade gewohnt ist, hat den Auslandswert der Mark bis auf ein Dreitausendstel des Vorkriegswertes herabgesetzt. Sprunghaft schnellen die Warenpreise in die Höhe. Was wird man zur Abwehr der hieraus erwachsenden Gefahren tun?

Die Spitzenverbände des gesamten deutschen Unternehmertums, darunter auch der Reichsverband der deutschen Industrie, die Vereinigung der Arbeitgeberverbände und der Reichslandbund, haben am vergangenen Dienstag dem Reichskanzler die Versicherung abgegeben, daß sie die Reichsregierung angesichts der gegenwärtigen Situation mit allen ihnen zu Gebote stehenden Kräften unterstützen würden. Sie haben ferner, wie einer amtlichen Erklärung über diese Besprechung zu entnehmen war, die Einheitsfront des gesamten deutschen Volkes verlangt und betont, daß von dieser Zuversicht getragen die Wirtschaftsstände alle Opfer bringen würden, die die Not des Vaterlandes erheischten. Außerdem hat der Reichskanzler Cuno im Auswärtigen Ausschuß erklärt, es gälte jetzt, jede unnötige Teuerung abzuwehren, die sich insbesondere aus der wahnsinnigen sprunghaften Steigerung der fremden Währungen ergeben werde.

Die Erklärungen der Unternehmerorganisationen und der Reichsregierung würden kaum ihren Eindruck verfehlen, wenn diesen schönen Worten auch die entsprechenden Taten folgen. Da das bisher niemals der Fall war, so braucht man sich über das erhebliche Maß von Mißtrauen, das jetzt gegenüber diesen Erklärungen vorhanden ist, nicht zu wundern. Bleiben aber solche Taten aus, so dürfte die Wirkung der Erklärungen natürlich statt der erhofften Beruhigung verstärkte Beunruhigung der Bevölkerung sein.

Daß das eintreten muß, zeigt folgende Ueberlegung: Die ungeheure Verelendung großer Massen der Bevölkerung, die ja neben den Lohn- und Gehaltsempfängern vor allem die Erwerbsunfähigen, die Rentner und die freien Berufe betroffen hat, hat bisher weder die Industrie, noch den Handel, noch die Landwirtschaft zu irgendwelcher Rücksichtnahme bei der Preisgestaltung veranlaßt. Wenn der Dollar stieg, stiegen auch die Preise und behaupteten ihren Hochstand, ja gingen noch darüber hinaus, auch wenn sich eine rückläufige Bewegung in den Devisenkursen zeigte. Der Dollar ist nun in den letzten Tagen, veranlaßt durch die außenpolitische Entwicklung, aufs neue erheblich gestiegen. Ein starkes Anziehen aller Preise ist bereits die Folge. **Jetzt ist also die Stunde gekommen, wo die Wirtschaftsstände beweisen können, daß auch sie bereit sind, Opfer zu bringen.** Reichskanzler Cuno hat die Förderung dieser Absichten zwar in Aussicht gestellt. Inzwischen werden aber über die Maßnahmen der Regierung zur Milderung der Not nur angekündigt: ein Verbot des Absinth-Ausschankes, eine starke Einschränkung des Alkoholausschankes, ein neues Schankstättengesetz, ein Gesetz zur Einschränkung der Lustbarkeiten und des Tanzbetriebes der Bars und Dielen. Das ist alles!

Daß diese Mittelchen an der Notlage irgend etwas ändern, ist ausgeschlossen. Insbesondere wirken diese Maßnahmen den Preissteigerungen in keiner Weise entgegen. Diese werden aber trotz der gegenteiligen Versicherungen des Reichskanzlers Cuno durch die Maßnahmen der Regierung gefördert. Die starke Kohlenpreiserhöhung wirkt in dieser Richtung. Noch mehr aber muß man erstaunen, wenn man erfährt, daß die Regierung jetzt bereits die Vorbereitungen trifft für eine **weitere Erhöhung der Umlagepreise für Getreide**. Das ist doch gerade das Gegenteil von dem, was die Regierung erklärt hat. Will sie unbedingt den Beweis liefern, daß Aufforderungen der Agrarier heiliges Gebot für sie sind?

Ebenso unbefriedigend ist die Entwicklung der Lohnverhältnisse der letzten Monate. In dieser Zeit ist der Reallohn der Arbeiter erheblich gesunken, vom September bis November 1922 allein um etwa 33 Proz.! Ein lediger Hauer z. B., der im April 1922 noch etwa zwei Drittel seines Vorkriegslohnes bezog, erhielt im November nur wenig mehr als die Hälfte. Aehnlich, ja noch schlechter ergeht es allen Arbeiterschichten. Trotzdem haben in den letzten Wochen die Unternehmer in allen Industrien dem Anspruch der Arbeiter auf Erhöhung ihrer Geldlöhne trotz des Anwachsens der Teuerung sehr erheblichen Widerstand entgegengesetzt. Dasselbe geschah von der Regierung gegenüber den Beamten, Arbeitern und Angestellten. Praktisch bedeutet das, daß die Arbeiter, Angestellten und Beamten alle Lasten und Opfer der Geldentwertung tragen.

Verstärkt hat sich leider in den letzten Tagen auch die Anschauung, daß angesichts der Gewaltpolitik Frankreichs die Ordnung der Finanzen des Reichs und der öffentlichen Körperschaften durch raschen Eingang der Steuern minder notwendig geworden sei. Wir möchten vor dieser Anschauung und besonders vor Maßnahmen, die ihr Folge leisten, auf das entschiedenste warnen. Die Abneigung in den Kreisen der Besitzenden gegen die Steuerleistung braucht wirklich nicht noch angereizt zu werden. Andererseits sind diejenigen Kreise des Volkes, die seit Jahr und Tag dem Reichssäckel durch Taten zu Hilfe geeilt sind und wirklich große Opfer bringen, ohnedies über das Versagen des Steuerapparates so erregt, daß man es kaum verantworten kann, diese Mißstimmung zu bekämpfen, wenn sie in diesem Augenblick durch Steuerzurückhaltung der besitzenden Kreise (Steuerstundungen!) oder Milderung der Steuergesetze verstärkt würde. Im übrigen aber wollen wir keinen Zweifel lassen, daß wir es nach wie vor für die dringendste Pflicht der Reichsregierung halten, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Reichshaushalt in Ordnung zu bringen. Der Sturz der Mark erschwert das zweifellos. Aber er macht solche Anstrengungen noch notwendiger, als sie bisher bereits waren. Durch den Sturz der Mark wachsen alle Ausgaben. Je weniger sie durch Steuern gedeckt werden, um so stärker ist die Notenausgabe, die dadurch bewirkte Inflation und Preissteigerung.

Ist diese Preissteigerung für Erwerbsunfähige, freie Berufe und Rentner der Ruin, so bringt sie für die Massen der Lohn- und Gehaltsempfänger neben dem Sinken des Reallohnes und der Einschnürung ihrer Kaufkraft auch die Gefahr der Erwerbslosigkeit. In einem Augenblicke, in dem durch die Besetzung des Ruhrgebiets die Kohlenversorgung des unbesetzten Gebietes gefährdet ist und die Arbeitslosigkeit als unmittelbar drohendes Gespenst vor uns auftaucht, darf unter keinen Umständen auch noch durch falsche Regierungsmaßnahmen oder durch eine abwartende Duldung gegenüber der Ausnutzung der Notlage der Bevölkerung gefördert werden.

Die Arbeiterklasse erwartet daher von der Regierung, daß sie es nicht bei Versicherung von der Bereitschaft, Opfer zu bringen, bewenden läßt, sondern daß sie Taten veranlaßt, die jeden Zweifel ausschließen, daß die unausbleiblichen Opfer, die die Ruhrbesetzung dem deutschen Volk auferlegt, nicht allein von der Arbeiterklasse getragen werden, oder gar Veranlassung zu Gewinnen für die Schwerindustrie oder die Landwirtschaft geben. Daß die Kurse der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie gerade im Augenblick der Ruhrbesetzung stark gestiegen sind, bestärkt gerade diese Erwartungen.

Der Dollar steht auf über 18 000. Es ist Zeit zu raschen Entschlüssen, will man ernsthaft der drohenden Not steuern.

Unterstützung der Kleinrentner.

Die neue geradezu phantastische Preissteigerung für die gesamte Lebenshaltung zwingt das Reich, abermals den der Not besonders hilflos gegenüberstehenden Volksschichten beizuspringen. Das Reichsarbeitsministerium hat deshalb einen neuen Gesetzentwurf zur Unterstützung der Kleinrentner ausgearbeitet, über den am Dienstag im Reichsrat verhandelt wurde. Wesentlich an diesem Gesetzentwurf ist, daß den Gemeinden eine Verpflichtung zur Fürsorge auferlegt und den Kleinrentnern ein Beschwerderecht eingeräumt wird. Ferner steht den Gemeinden das Recht zu, die Ansprüche der Kleinrentner gegenüber den Verwandten zu verfolgen. Strittig ist nur die Frage, ob das in einem Verwaltungs- oder in einem gerichtlichen Verfahren vor sich gehen soll, wahrscheinlich im Wege der Verwaltung. Strittig ist ferner die Frage des Anteils des Reiches an der Aufbringung der Kosten. Die Vorlage im Reichsrat verlangt die Hälfte vom Reich; der Reichsrat will eine stärkere Heranziehung des Reiches. Inhalt und Umfang der Unterstützung werden, wie bisher, durch Richtlinien vom Reichsrat und vom Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages im Benehmen mit der Reichsregierung festgestellt.

Wiederholt wurde in der Presse darauf hingewiesen, daß vor allem der kranke Klein- und Sozialrentner unterstützungsbedürftig sei; denn er sei völlig außerstande, die Kosten, die irgend eine ernstere Krankheit verursache, zu bezahlen. Deshalb wurde öfter angeregt, die Krankenversicherung auf die Schichten der Klein- und Sozialrentner auszudehnen. An den maßgebenden Stellen betont man jedoch die großen finanziellen Schwierigkeiten, die eine solche Ausdehnung der Krankenversicherung mit sich bringen müßte. Bei den Klein- und Sozialrentnern gebe es weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer, die die Kosten für die Krankenkassen aufbringen. Schließlich seien die Krankenkassen ja gerade jetzt in einer schwierigen finanziellen Lage, und das Reichsarbeitsministerium habe deshalb einen Gesetzentwurf über die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen ausgearbeitet. — Dieser Gesetzentwurf soll am Mittwoch den Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages beschäftigen.

Volkswirtschaft.

Auf riesige Gewinne im Waggonbau läßt der Abschluß der Waggon- und Maschinenfabrik A.-G. vorm. Busch-Bautzen schließen. Den Aktionären werden 75 Proz. Dividende und dazu eine Aktie, die nur mit einem Viertel ihres Wertes einzuzahlen, also zu 75 Proz. gratis ist, vorgeschlagen. Die Ausschüttung beträgt nun nicht etwa „nur" 150 Proz., sie ist in Wirklichkeit viel höher, da das Bezugsrecht auf die neue Aktie selbstverständlich viel höher notiert werden wird als mit 75 Proz. Vorweg hat man aus dem Ertrage ganze 10 Millionen Mark für Arbeiter und Beamte zurückgestellt. Dieser Fall, der nur einer von vielen ist, zeigt, wie im Zeichen der Mahnung zur „Einheitsfront" das Kapital sich in seiner Gewinnpolitik nicht beirren läßt, und wie notwendig es ist, daß die Steuergesetze einer derartigen Vergeudung des Betriebskapitals durch Bezugsrechte zugunsten der Aktionäre entgegentreten.

Betriebsrat und Kleinaktionär. Auf den Generalversammlungen der Werke des Phönix-Konzerns hatte ein Kleinaktionär, Dr. Tenhaef, die Monopolwirtschaft des Otto-Wolf-Konzerns als eine Gefahr hingestellt. Seine Ausführungen gingen auch in einen Teil der Presse. Man hatte es dem anwesenden, vom Betriebsrat gewählten Aufsichtsratsmitglied verdacht, daß es nicht Herrn Dr. Tenhaef unterstützte. In einer längeren Zuschrift rechtfertigt nun dieses Betriebsratsmitglied seine Haltung, indem es darlegt, daß der erwähnte Kleinaktionär keineswegs soziale Interessen vertreten hätte, sondern lediglich seinen eigenen Vorteil wahrgenommen habe. Er hat eine Reihe von Fragen gestellt und u. a. die Feststellung gemacht, daß die Dividende zu niedrig sei. — Unter diesen Umständen hatte auch unseres Erachtens ein Arbeitervertreter im Aufsichtsrat keine Veranlassung, sich für die Interessen des profitlustigen Kleinaktionärs einzusetzen.

Eine ungewollte Folge des Versailler Diktats. In einer Uebersicht über den gegenwärtigen Stand des Welthandels stellen die „Daily News" die interessante Tatsache fest, daß sich in Deutschland eine neue und blühende Industrie entwickelt habe, die Schiffsabbruchsindustrie, auf welchem Gebiete Deutschland die absolute Führung innehabe, und zwar dank seiner Erfahrungen, die Deutschland sich durch die Zerstörung von Kriegsmaterial in Ausführung der Versailler Bestimmungen habe erwerben können. Deutschland besitze heute für die Abwrackung von Schiffen bessere Einrichtungen und geschicktere Arbeiter als irgendein anderes Land der Welt.

Devisen-Kurse.

Berlin, 18. Januar.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		17. Januar.	18. Januar.
Amsterdam	1 fl.	7221.90	6433.87
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	1122.18	1014.97
Kristiania	1 Kr.	3351.60	2892.75
Kopenhagen	1 Kr.	3581.02	3167.06
Stockholm	1 Kr.	4887.75	4389.—
Helsingfors	1 finn. Mk.	451.86	410.97
Rom	1 Lire	882.78	798.—
London	1 £	84787.50	75311.25
New York	1 Doll.	18154.50	16608.37
Paris	1 Frs.	1236.10	1107.20
Zürich	1 Frs.	3421.42	3117.18
Madrid	1 Peseta	2832.90	2583.51
Wien	100 Kr.	24.18	22.94
Prag	1 Kr.	—	458.85
Budapest	1 Kr.	6.66	6.38

Belle-Plante und Cornelius.

Roman von Claude Tillier.

1. Fortsetzung.

Im Jahre 1780 wohnte in Armes ein gewisser Belle-Plante, Monsieur Belle-Plante für die einen und Meister Belle-Plante für die anderen. Da er reich war und im Kirchenvorstand saß, so nannten ihn der Herr Pfarrer der Herr Maire und viele andere: Monsieur Belle-Plante; da er aber nur Pächter war, nannten die Bauern ihn kurzweg: Meister Belle-Plante, es sei denn, daß sie ihn um eine Gefälligkeit bitten wollten.

Was mich betrifft, der weder nach Monsieur noch nach Meister Belle-Plante zu fragen hat, wie soll ich ihn nennen? Ich halte es für klug, bevor wir uns für den einen oder den andern Titel entscheiden, erst zu prüfen, was beide wert sind. Zunächst, was bezeichnet der Titel Monsieur, wörtlich übersetzt: mein Herr? Drückt er, wie das besitzanzeigende Fürwort zu erweisen scheint, irgend eine Abhängigkeit desjenigen, der ihn gibt, von dem andern aus, dem er ihn gibt? Aber weshalb nennt ein Herr seinen Diener „Monsieur", wenn man nicht etwa sagen will, daß unter gewissen Umständen der Herr von seinem Diener abhängig ist? Bezeichnet es eine gesellschaftliche Ueberlegenheit? Wenn das der Fall ist, wie kommt es, daß der Minister seinem Schuster und seinem Schneider den Titel „Monsieur" gibt? Kommt es von dem Wort Senior her; wie die behaupten, die die Wörterbücher wälzen und nach Etymologien jagen. Aber woher kommt es dann, daß ein Vater seinen Sohn „Monsieur" nennt, wenn dieser seine Hosen oder seine Bücher zerrissen hat? — Also das Wort „Monsieur" ist angeklagt und überführt, nicht den gemeingewöhnlichen Sinn zu haben. Es ist ein großer ungeschickter Schlingel, der seinen Hut vor jedermann abzieht, der jedermann aufhält und niemandem etwas zu sagen hat. Es widerstrebt jeder Definition. Selbst der große Lexikonschreiber Napoleon Mandais, so sehr Napoleon er ist, könnte keinen Sinn hineinbekommen. Ich kann ebensogut zu meinem Pferd wie zu meinem Schneider Monsieur sagen, und mein Schneider ebensogut zu seinem Bügelbrett wie zu mir, dem Redakteur der „Association". Ich stimme dafür, daß dieses Wort aus dem Diktionär ausgeschlossen werde. Ich werde also sagen: Meister Belle-Plante.

Jetzt, wo diese Schwierigkeit gehoben ist, können wir mit unserer Geschichte anfangen. Meister Belle-Plante hatte fünf bis sechs Meierhöfe in Pacht, was ihn nicht hinderte, noch schöne und große Grundstücke zu bewirtschaften, die ihm zu Eigentum gehörten. Seine Frau hatte ihm zwei Söhne hinterlassen: François Belle-Plante, den man kurzweg Belle-Plante hieß, weil er der ältere war, und unsern Freund Cornelius.

2.

An einem schmutzigen und regnerischen Märzmorgen gingen Belle-Plante und Cornelius auf dem Wege, der nach Clamecy führt. Der eine trug einen großen Hasen auf der Schulter, der andere schwenkte in der Hand ein Pack Bücher, das an einer Schnur hing. Sie gingen zur Schule. Belle-Plante war kräftig gebaut: er hatte vier solide Gliedmaßen, aus denen man einen Pflug hätte zimmern können, eine nicht allzu häßliche Nase, einen Mund, der nicht gerade allzu groß war, kleine graue Aeuglein, mit denen er ebensogut sah, wie mit großen schwarzen Augen; aber er hatte kein Herz oder wenigstens nur eines jener Eisherzen, das die milden Lüfte der Jugend nicht auftauen können. Er war eine von den derben Organisationen, zu denen die Natur vielen und schweren Stoff verwandt hat, wo Knochen, Fleisch und Sehnen nicht gespart worden sind, wo es aber gänzlich an Elektrizität mangelt.

Mit sechszehn Jahren war Belle-Plante ein fertiger Mann an Tücke und Schlauheit; er liebte niemand; er kannte nur eine Leidenschaft: das Zusammenscharren; er wäre vom Pferde gestiegen, um eine Stecknadel aufzuheben; er hätte dem Teufel seine Seele für ein Fünfgroschenstück verschrieben und sicherlich wäre dabei der Teufel der Angeführte gewesen. Da er übrigens rein und sauber wie ein Sechsfrankstück aussah, so führten ihn die Mütter ihren Söhnen als Vorbild auf.

Cornelius war in allem das Gegenteil von Belle-Plante. Er war ein schöner, schlanker, hochaufgeschossener Jüngling mit hoher elfenbeinglatter Stirn und großen Feueraugen; die braune Mähne hing ihm ungepflegt und ungeordnet herab, wie ein Geißblattgerank, das über eine Mauer hängt; er war gut, liebevoll, freigebig; er hatte Tränen und Groschenstücke für alle Unglücklichen. Sankt Martin ward heilig gesprochen, weil er einem Bettler die Hälfte seines Mantels gab; im gleichen Falle hätte unsere Freund Cornelius seinen ganzen Mantel dahingegeben. Indessen Cornelius ist in der Hölle, denn weder der Pfarrer noch Herr Guillerand, noch der große Stock des Meisters Belle-Plante konnten jemals von ihm erreichen, daß er zum Abendmahl und zur Beichte ging.

Im übrigen hatte er eine lebhafte und frühreife Intelligenz; in ihm erhob sich einer jener kühnen und merkwürdigen Geister, die alles wissen, alles zergliedern, alles ergründen wollen. An einem schulfreien Donnerstage durchlas er einen dicken Schmöker vom Anfang bis zum Ende, und wenn er sich an die Verfolgung einer Wahrheit gemacht hatte — wohlverstanden einer Wahrheit, die in seinem Bereiche lag — dann war er wie ein Jagdhund auf der Fährte eines Hasen; er ließ sie nicht los, bis er sie bezwungen hatte.

Er war von einer heillosen Zerstreutheit; immer war er im Träumen, im Berechnen, im Vergleichen begriffen. Wenn sein Vater ihn aufs Feld schickte, legte er sich ins Gras und betrachtete den Himmel; auch kam er niemals nach Hause, ohne daß er etwas mit dem Flurhüter vorgehabt hatte oder daß er zwei, drei Kühe verloren hatte. Man erzählt von ihm, was ich indessen kaum glauben kann, daß sein Vater ihn eines Tages in den Weinkeller geschickt hatte und daß er mit dem Hals der Flasche in der Hand zurückkam; er hatte nicht bemerkt, daß er die Flasche an einer Treppenstufe zerschlagen hatte. Das alles ließ Meister Belle-Plante sagen, daß Cornelius der dümmste Junge im Dorfe wäre. Er war übrigens von absoluter Gleichgültigkeit in allem, was Hülle, Aeußeres, Oberfläche anbetraf. Er pflegte zu sagen, daß die Apotheker just immer ihre schlechtesten Pillen versilberten und er kümmerte sich nicht mehr um seinen Anzug als eine Zwiebel um ihre Schale. Er ging immer unordentlich; sein Anzug war stets zerrissen; wo kein Loch war, war sicherlich ein Fleck. Man mußte ihn alle Jahre von Kopf bis Fuß neu einkleiden; auch gab es in Armes nur Meister Couture, den Schneider, der einige Achtung vor ihm hegte.

Belle-Plante hatte sein Taschentuch rücksichtsvoll über seinen Filzhut gebreitet, um ihn vor dem Regen zu schützen und er hatte mit geradezu andächtiger Sorgfalt seine Hosen aufgekrempelt, obgleich sie nur von Leinwand waren. Das war übrigens eine von den tausend Verhaltungsmaßregeln, die ihm auf ihrem Sterbebette seine Frau Mutter eingeschärft hatte, deren ganzen Geiz er — zum Schaden oder Vorteil des Cornelius — mit der Muttermilch eingesogen hatte; und ob nun nasser Schmutz oder trockener Staub war, er verabsäumte niemals die Pflicht. Cornelius dagegen hatte nichts ausgebreitet, nichts umgekrempelt, ausgenommen seine Strümpfe, die herabgefallen waren und ihm hartnäckig über die Fersen hingen. Belle-Plante wählte wie die Katze den trockensten Strich des Weges, bevor er den Fuß auf die Erde setzte; Cornelius ging im Gegenteil geradeaus wie eine Heerstraße, ohne sich um die Pfützen zu kümmern, mit denen der Weg besät war; er sah sie nicht einmal; auch war Cornelius bis über die Ohren bespritzt wie ein Pudel.

Die beiden Brüder gingen nebeneinander gleich zwei Soldaten im Gliede ohne miteinander zu sprechen; jeder war in seine besonderen Betrachtungen versunken. Belle-Plante brach zuerst das Schweigen.

„Woran denkst du, Gelehrter?" (das war der Spitzname, den man dem Cornelius im Dorfe gegeben hatte), sagte er zu seinem Bruder, indem er ihm einen groben Schlag auf die Schulter versetzte.

Fortsetzung folgt.

11977

Amtlicher Teil

Das nach dem Tarif für die Benutzung der öffentlichen Lösch- und Ladeplätze vom 7. August 1915 zu zahlende
Ufer- und Platzgeld ist um . . . . . 1000 %,
das Lagergeld für die ersten 2 Monate um 2000 %,
und für die folgenden Monate um . . . 3000 %
erhöht worden.

Lübeck, den 17. Januar 1923.

11985) **Das Polizeiamt.**

Lübecker Brandkasse.

Wir machen unsere Mitglieder und insbesondere diejenigen, welche mit ihrer Versicherungssumme noch auf dem 15fachen Betrage stehengeblieben sind, wiederholt darauf aufmerksam, daß eine den heutigen Werten entsprechende Erhöhung der Versicherungssumme dringend nötig ist, damit sie im Schadenfalle vor großen Verlusten bewahrt bleiben. **Das Fünfzehnfache reicht heute bei weitem nicht aus.**

Wir empfehlen sofort Mehrwertversicherung in unserem Bureau zu beantragen.

Um den Versicherten, die sich für einen Schadenfall **möglichst voll gedeckt** wissen möchten, hierzu Gelegenheit zu bieten, haben wir neben der bestehenden Mehrwertversicherung die **Versicherung mit gleitender Versicherungssumme** auf Grund von Richtzahlen eingeführt. Danach erfolgt eine automatische Anpassung der Versicherungssumme an die jeweiligen Preisverhältnisse, ohne daß der Versicherte Nachversicherungsanträge zu stellen hat, soweit nicht sonstige Veränderungen solche erforderlich machen. (11971

Jede Auskunft sowie Mitteilung der Bedingungen erfolgt in unserem Bureau, Fleischhauerstraße 18, Zimmer 10. **Lübecker Brandkasse.**

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Eichung und Reparaturarbeiten kann die **öffentliche Fuhrwerkswage am Hafen** an der Drehbrücke von Donnerstag, dem 18. d. Mts. bis einschließlich Montag, dem 22. d. Mts. nicht benutzt werden.

Lübeck, den 17. Januar 1923. (11982

Der Ausschuß der Handelskammer für die Hafengüterverwaltung.

Durch Ausschlußurteil vom 9. Januar 1923 sind die von der Deutschen Lebensversicherungs-Aktiengesellschaft auf den Namen des Profes. Jean Julius Christian Sibelius in Hellingfors ausgestellten und an den Kaufmann [illegible] übergegangenen Versicherungsscheine Nr. [illegible] für kraftlos erklärt. (11984

Das Amtsgericht, Abt. 6

Durch Ausschlußurteil vom 9. Januar 1923 sind die von der Deutschen Lebensversicherungs-Gesellschaft in Lübeck ausgestellte und auf den Namen des Wirts Hermann Hütter in Herzfeld-Werden in Westfalen lautende Lebensversicherungsschein Nr. [illegible] für kraftlos erklärt. (11983

Das Amtsgericht, Abt. 6

Nichtamtlicher Teil

Für 17. Jan. [illegible] Herr [illegible] Hermann Heilmann [illegible]

Höchstzahlend, auch für eigene Rechnung. (11968

Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Brillanten, Juwelen kaufen ständig

Hans Steudel, Goldschmied, Moislinger Allee 21.

Gustav Pütter, Uhrmacher, Lindenstr., Ecke Wickedestr.

Eimerbier. [illegible] 1961) Brauerei Stamer

Paul Bilderer. [illegible] Wilh. Bilderer. [illegible]

Möbel (11964 Serien-, Einzel-, Schlafzimmer, Eiche. **Leidts Möbellager** Fischergrube 25/27.

Kartoffelstärke [illegible]

Für Arbeiter u. Landleute! Kleiderstoff [illegible] 200 Pfd. Abschnitt, [illegible] 390—550 Mk. [illegible] **Wilhelm Blunck** [illegible]

Mk. 50000 Belohnung.

Seit geraumer Zeit sind fortdauernd aus unserem Betriebe von uns hergestellte

Druckminder-Ventile, Schweiß- und Schneidapparate

gestohlen worden.

Einige der Diebe und Hehler sind ermittelt, anscheinend aber noch nicht alle. (11956

Für Angaben, die zur Ueberführung weiterer Diebe führen, sichern wir obige Belohnung zu.

Drägerwerk.

Adreßbuch 1923

Am 18., 19. u. 20. Januar
von 8 Uhr vorm. bis 6 Uhr abds.
Auslage der Korrektur-Bogen
im Bureau Mengstr. 16. (12002
Jeder prüfe die Richtigkeit seiner Eintragungen

Felle kauft höchstzahlend **Isaac Frankenthal** Beckergrube 53. Tel. 3641. 11960 **Haare**

Beckergrube 26 neu eröffnet (11968
Leder-Ausschnitt-Geschäft
Konkurrenzlos billiger Verkauf von Sohlleder für Schuhmacher und Selbstbesohler.
26 Kernlederhaus 26 Beckergr.

Wildfelle, wie: Hasen, Kanin, Ziegen, **Rehen, Eichhörnchen, Iltis, Katzen,** Marder, **Mäuse,** Füchse usw. kauft dauernd zu **höchsten Tagespreisen** (11970
Freiherer erhalten bedeutend erhöhte Preise.
Eduard Kirschbaum, Lübeck, 26 Sandstraße 28.

Börse 79 Fischergrube **79**
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten **Garderobe, Seemannsartikel, Pelzwerk.**
11972) Kommt auf Postkarte ins Haus.
79 Fischergrube 79.

Alle **Arbeiter** kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (11965
Otto Albers Markt 4 Kohlm. 19

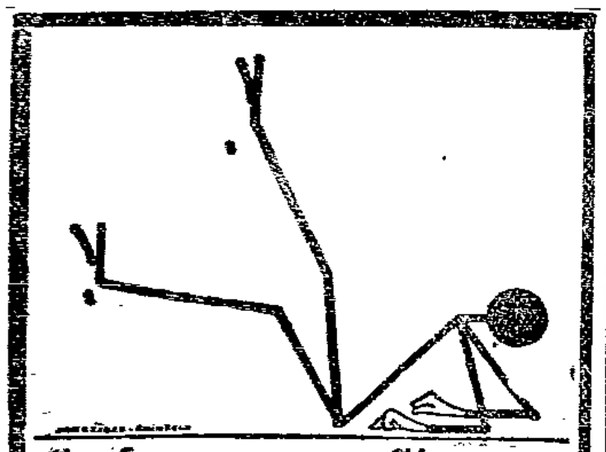
Käse Markthallenkäselager
II. Posten reiten Harzer ist eingetroffen
460 Mk.
Gefälle mitbringen.
Freitag u. Sonnabend Verk. d. II. Restbestände Tilsiter
580, 600 Mk.
Alle anderen Sorten in pr. Qualität zu den billigsten Tagespreisen.
Boldt & Pund 11969) Stand 4 u. 6.

Margarine Pfd. von Mk. 1760 an (11966
Vereinigung der Zuckerwarenhändler.

Schuhwaren! Damenstiefel, Damenschuh- und Spangenschuhe, sowie Kinderschuhe auch sehr preiswert.
Ida Engelmann, (11959
Wickedestr. 31. Wickedestr. 31.

Nutzen Sie die günstige Einkaufsgelegenheit aus!
Unser diesjähriger großer
Inventur-Ausverkauf
vom 6.—19. Januar
Ehlers & Reetwisch
Holstenstr. 1. St. Petri 2. u. 4.
Herren- u. Knaben-Garderoben, Kleiderstoffe, Aussteuer, Betten, Wäsche, starke und eleg. Schuhwaren, Reste, Abschnitte. (11997
Noch wirklich preiswerte Angebote

Schuh-Buchholtz
Schwartauer Allee 4 Gr. Burgstr. 36
hat trotz hohen Dollarstandes noch billige Preise!
Damenschuhe 4900, 6900, 7900, 9900, 12500 usw.
Damenstiefel 6900, 9900, 12500, 15000, 16500 „
Herrenstiefel 7900, 10900, 13500, 15000, 17500 „
Kinderstiefel noch außergewöhnlich billig!
Starke Arbeitsstiefel, Schaftstiefel, Ledergamash.
Beachten Sie meine Fensterpreise! (11962



So kann man stürzen
wenn man seine
Gummisohlen und Absätze
nicht in der
Reform-Schuhwaren-Reparatur u. Stepperei
(mit elektrischem Betrieb)
50 Hüxstraße 50
Robert Jentzen
machen läßt.

Achtung! Sie kaufen noch billig!
Elegante Herren- und Damenstiefel, Starke Arbeitsstiefel und Schuhe, Spangenschuhe für Damen, Kinderschuhe, Filzpantoffeln mit Ledersohle 950 Mk., Lange gewalkte Stiefel, Schaftstiefel, Mod. Anzüge, geir. f. n. schw. Gehrockanz., feldgr. Hosen, Joppen. (11961
O. Schröder, Balauerfohr 17.

Deutscher Arbeiter-Abstinentenverband Ortsgruppe Lübeck.
Ordentliche **General-Versammlung** am Freitag, 19. Januar abends 8 Uhr **im Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Neuwahlen.
3. „Unsere Zukunftsaufgaben". Refer.: Gen. **Bastine.**

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht (11996
Der Vorstand.

Verband der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands Ortsverein Lübeck.
General-Versammlung am Sonntag, 21. Jan. nachm. 3½ Uhr **im Gewerkschaftshaus.**
Tagesordnung:
1. Bericht vom Ortsausschuß.
2. Abrechnung.
3. Jahresbericht und Wahlen.
4. Eingänge.

Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. (11975
Die Ortsverwaltung.

Luisenlust. Morgen, Freitag **Tanzkränzchen.** Damen Eintritt frei. (11964

Lübeckisches Symphonie- u. Stadttheater-Orchester.
Freitag, 19. Januar, 7½ Uhr:
Großer Opern- und Walzer-Abend
im Gewerkschaftshaus
Dirigent: **Karl Mannstaedt**
Solisten: Frl. **Ena Döhle** und Herr **Jaro Prohazka.**
Eintritt einschließlich Programm u. Steuer nur Mk. 50.— (11976
Bitte Vorverkaufsstellen benutzen.

LUISENLUST.
Sonnabend, den 20. Januar: (12000
Gr. Preis-Maskenball
Preise zu 2000 Mk. — 2 Kapellen.
Anfang 7 Uhr. Maskenzug 8 Uhr. Ende ?

Zentral-Theater
Johannisstraße 25 Fernruf 1359
Vom 16. bis 22. Januar
Fatty als Postmeister
Amerikanisches Lustspiel in 2 Akten. Manuskript, Hauptdarsteller u. Regie **Fatty Arbuckle.**
Der Gipfel der Macht
Ein Vorspiel und 6 Akte nach dem Roman „Marques del Bolibar" von Leo Perutz.
In den Katakomben von New-York
III. Episode der **„Vampire von New-York."**
Das verehrte Publikum wird im eigenen Interesse gebeten, die Nachmittagsvorstellung zu besuchen, da abends großer Andrang. (11978
ZT ZT ZT ZT ZT ZT ZT ZT

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Lübeck
Arbeitsgemeinschaft.
Versammlung am Freitag, 19. Januar abds. 7½ Uhr **in den Drei Ringen,** Hansastr. 3. (12001
Tages-Ordnung:
Bericht über unsere Lohnbewegung.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. (11994
Ortsverwaltung Lübeck.
Versammlung der Einkassierer am Freitag, 19. Januar abends 7½ Uhr **im Gewerkschaftshaus.**

Fledermaus

Theater-Verein Einigkeit
Freitag, den 19. Januar
Gr. Theater-Abend
Konzerthaus Flora.
Einlaß 7 Uhr.
11987) Anfang 8 Uhr.
I. Pl. 50, 2. Pl. 40 Mk.

Hansa-Theater.
Heute Donnerstag und folgende Tage 7½ Uhr:
Die kleine Sünderin
Der neue große Schlager!
Dienstag, d. 23. Januar 7½ Uhr:
Erstaufführung!
Madame Pompadour.
Operette in 3 Akten von Leo Fall. (11973

Stadttheater Lübeck.
Donnerstag 7.30, Ab. C: **Kater Lampe.**
Freitag 7.30, Ab. D: **Die fünf Frankfurter.**
Sonnab. 7.30, 11. Ab.-Vorst.: **Don Juan.**
Sonntag 3 Uhr Volksbühne: **Mignon.**
7.30: **Der Bettelstudent.** (11980

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Donnerstag, 18. Januar 1923. Nummer 15.

Freistaat Lübeck.

Donnerstag, 18. Januar.

Die Wende.

Ein Leid mahnt aus dem Licht . . .
Blicke hängen an Wolkenschwärmen —
Du letztes Suchen, so will ich dich,
Und so sollst du in deiner Schauenseligkeit mich wärmen.

Ihr meine Hände ringt in heißester Gebärde —
Um die Stirn sinkt flatternd der Traum der Welt:
Verschlinge mich, du süße, tränende Erde!
Durch deine Himmel erst lieb' ich dein durstiges Zelt!

Und wachse in seltene Morgengebete . . . .
Ein armer Haß schluchzt müde auf den Knien.
Da stirbt der Geist der Mordgeräte.
Triumph mein Bruder! Nun wirst du in meine Sehnsucht ziehen!

Denn sieh! Wir alle sind zueinander geschieden.
Wir kamen auf schrecklichen Schweigensgängen —
Wir haben unser Menschentum verschwiegen
Und lallten in schwülen Wahnwitzgesängen.

Karl Albrecht.

Gegen Alkoholmißbrauch und Schlemmerei.

In Anbetracht der schwierigen außenpolitischen Lage hat das Reichskabinett das Schankstättengesetz beschleunigt beraten. Es wendet sich gegen Alkoholmißbrauch und Schlemmerei und knüpft die Erteilung von Konzessionen an erheblich schärfere Bedingungen als das bisherige Gesetz. Künftig wird nicht nur die Bedürfnisfrage für die Konzessionserteilung maßgebend sein, sondern auch in allen Fällen, in denen zu befürchten ist, daß ein Lokal der Schlemmerei dienen könnte, die Konzession grundsätzlich verweigert werden.

Ferner läßt das Gesetz zu, daß auch bereits erteilte Konzessionen zurückgezogen werden können. Damit wird reichsgesetzlich eine Handhabe geschaffen, um allen jenen üblen Lokalen, in denen heute der Nachtbetrieb blüht, das Lebenslicht auszublasen.

Schließlich verbietet das Gesetz den Alkoholausschank an Jugendliche unter 16 Jahren und den Branntweinausschank an Jugendliche unter 18 Jahren. Das Kabinett will dafür Vorsorge treffen, daß der Gesetzentwurf mit größter Beschleunigung auch von den übrigen zuständigen Körperschaften verabschiedet werde, damit es endlich möglich wird, dem Vergnügungstaumel wirksam entgegentreten zu können.

Wer kann das bezahlen?

30fache Preissteigerung.

Wolffs Bureau meldet: Die Verschlechterung des Markkurses infolge der Besetzung des Ruhrgebietes löste eine weitere akute Preissteigerung auf allen Gebieten der Warenwirtschaft aus. Die auf den Stichtag 15. 1. berechnete Großhandels-(Stichtag)-Indexziffer des Statistischen Reichsamtes ist vom 1670fachen am 5. Januar auf das 2132fache gegenüber dem Friedensstande oder um 27,6 v. H. am 15. Januar gestiegen. In dem gleichen 10tägigen Zeitraum haben die vorwiegend im Inlande erzeugten Rohstoffe (Inlandware) vom 1472fachen auf das 1894fache oder um 27,6 v. H., Einfuhrwaren vom 2660fachen auf das 3316fache oder um 24,7 v. H. angezogen. Das Preisniveau der Lebensmittel hob sich vom 1311fachen auf das 1703fache oder um 29,9 v. H., das der Industriestoffe vom 2342fachen auf das 2931fache oder um 25,1 vom Hundert.

Bürgerschaftsvorlagen.

Erhöhung der Bezüge der Altersunterstützungsempfänger.

Die Bezüge der Altersunterstützungsempfänger sind letztmalig mit Wirkung vom 1. Juli 1922 ab neu festgesetzt worden. In Rücksicht auf die seit diesem Zeitpunkte eingetretene weitere erhebliche Steigerung der Lebensunterhaltungskosten hält der Senat es für dringend geboten, die den alten, ehemaligen Angestellten des Staates und deren Witwen bewilligten Unterstützungen angemessen zu erhöhen. Es wird beabsichtigt, die Bezüge rückwirkend vom 1. Dezember 1922 ab neu festzusetzen und die Erhöhung nach dem gleichen Grundsatze wie bisher vorzunehmen, d. h. die Unterstützungen ungefähr in dem gleichen Verhältnis aufzubessern, in dem sich die Bezüge der ein gesetzliches Ruhegehalt oder Witwengeld beziehenden Personen erhöht haben. Die Altersunterstützungen sollen hiernach allgemein auf das 7fache der augenblicklichen Beträge festgesetzt werden, jedoch sie sich künftig zwischen rund 2000 Mk. und 14 000 Mk. monatlich bewegen werden. Diese Gesamtbezüge werden wie bisher in der Weise in Unterstützung und Teuerungszuschlag zerlegt werden, daß ein Fünftel als Unterstützung gilt, während der Rest als Teuerungszuschlag anzusehen ist.

Um die voraussichtlich immer wieder erforderlich werdenden Neufestsetzungen zu vereinfachen, hält der Senat es für geboten, für eine automatische Erhöhung der Bezüge Vorsorge zu treffen. Es beabsichtigt deshalb, die vom 11. Dezember 1922 ab zu zahlenden erhöhten Unterstützungen künftig stets um denjenigen Hundertsatz zu erhöhen oder auch zu ermäßigen, um den sich die Gesamtbezüge der ein gesetzliches Ruhegehalt oder Witwengeld beziehenden Personen nach dem 31. Dezember 1922 erhöhen oder ermäßigen werden.

Die durch die Erhöhung auf das 7fache erforderlich werdenden Mehrkosten für das Rechnungsjahr 1922 belaufen sich auf rund 960 000 Mk. Die unter Umständen weiter noch erforderlich werdenden Mehrausgaben lassen sich nicht angeben, da nicht feststeht, ob und inwieweit sich die gesetzlichen Ruhegehaltsbezüge künftig erhöhen werden.

Um der dringenden Not der Altersunterstützungsempfänger zu begegnen, hat der Senat im Vorwege bereits die sofortige Auszahlung der erhöhten Bezüge verfügt.

Er stellt nunmehr nachträglich zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft: 1. daß die Bezüge der Altersunterstützungsempfänger mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab allgemein auf das 7fache der jetzigen Beträge festgesetzt werden; 2. daß der Senat ermächtigt werde, die vom 1. Dezember 1922 ab zu zahlenden Altersunterstützungen um denjenigen Hundertsatz zu erhöhen oder zu ermäßigen, um den sich die Gesamtbezüge der ein gesetzliches Ruhegehalt oder Witwengeld beziehenden Personen nach dem 31. Dezember 1922 erhöhen oder ermäßigen werden; 3. daß die für das Rechnungsjahr 1922 erforderlich werdenden Mehrkosten aus Abschnitt XIX Ansatz 1 des diesjährigen Haushaltsplan angewiesen werden.

Volksaufstand!

Für die Kriegsstrategen aller Grade sind Tage der Rosen angebrochen. Wo sich ein oder Kriegerverein gerade treffen, da wird ein Feldzugsplan gegen die Franzosen zurechtgedreschelt. Die lautesten Schreier sind dabei jene, die am besten an dem vierjährigen Morden vorbeigekommen sind. Recht anmutig sind auch die Reden großer Helden, deren ganzes Sinnen und Trachten neben sonstigen recht realen Dingen auf die Vernichtung des Erbfeindes gerichtet ist. Da diese Kriegernaturen allein und auf eigene Faust keinen Großkampftag arrangieren können, werfen sie statt Bomben in Feindesland hochtrabende Wortschwälle in versammelte Kriegerscharen. Die Kriegervereinler waren von jeher die stärksten Stützen von Thron und Altar, ihr größter Schmerz ist, daß jetzt die Throne verwaist sind. Doch sie erhoffen ein Wiedererstehen aller Herrlichkeiten. Wenigstens reden sie sich gegenseitig Courage zu. Volksparteiler und Deutschnationale wühlen auch in Lübeck nach Kräften. Die hiesigen Volksparteiler veranstalteten in der Gemeinnützigen eine „Weihestunde", und ließen sich durch den Universitätsprofessor Dr. Fehling des „alten Reiches Kraft und Herrlichkeit" vorquatschen.

Im Landeskriegerverband Lübeck aber, allwo der Demokrat Heise den Vorstandsthron innehat, wetterte General von Morgen gegen den Erz- und Erbfeind und hob das alte Kartagos aus Schutt und Asche. Nebenbei machte der Herr der Reichsregierung noch Vorschriften, wie sie sich zu verhalten habe. Zum Schlusse forderte der Genesene zum Volksaufstande auf, an dessen Spitze er dann wahrscheinlich wieder seine roten Streifen spazieren reiten will. Wenn sich das deutsche Volk nicht zu einer solchen Tat aufraffe, verschwinde es von der Welt.

Es ist offenbar, was der Schlachtenlenker von Breitenau hier vorschlägt. Seine militaristischen Nerven haben hier einen krankhaften Reiz bekommen. Denn die Militaristen sollten doch wissen, daß die Angelegenheit von Volksaufständen das gewagteste Spiel darstellen, das überhaupt mit einem Volke getrieben werden kann. Genügt die Erfahrung, die die Militaristen in Rußland erwielen, noch nicht? Dort hatten doch die deutschen Goldmillionen Unheil genug angerichtet. Oder glaubt Herr v. Morgen vielleicht, daß sich die deutschen Arbeiter mit Knüppeln und Dreschflegeln um ihn und seinesgleichen scharen, um dem Erbfeind die Kanonen zu zertrümmern? So törichtes Zeug, wie hier ein ehemaliger General als Allheilmittel gegen Machtgelüste der Sieger anpreist, ist denn doch niemals verzapft worden. Es würde das deutsche Volk vollends zugrunde richten. Derartige sozialistische Experimente ziehen in Deutschland denn doch nicht, auch wenn sich die paar Kriegervereinler um verkannte Größen scheren und jedem Blödsinn zujubeln. Bezeichnend ist diese Aufforderung aber auf alle Fälle für den kranken Geist unserer Militaristenkamarilla.

Von der Schiffahrt. Ein Lübecker Schiff untergegangen. Das deutsche Motorschiff „Heimat" aus Lübeck ist nach einer Meldung des Vorwärts in der Nacht vom Sonntag auf Montag an der schwedischen Küste in der Nähe von Sandhamn untergegangen. Die gesamte Mannschaft, die wahrscheinlich sechs bis sieben Mann betragen hat, ist ums Leben gekommen. — Der Dampfer „Greiswald" aus Saßnitz ist vor Stromstad untergegangen. Die Besatzung, acht Mann, wurde gerettet. — Schiffe in Not. Ein heftiger Zusammenstoß ereignete sich um Mitternacht in dem Scheldetnie im Bezirk Austruweel zwischen dem aus Hamburg kommenden deutschen Dampfer „Aleppo" der deutschen Levante-Linie und dem italienischen vom Lloyd Royal Belge als Fischdampfer gechartierten Dampfer „Ugugalianza". Die „Aleppo" sank schnell, ihrer Besatzung gelang es, sich zu retten. Der Vordersteven der „Ugugalianza" ist vollständig eingedrückt. Es wird für möglich gehalten, den Dampfer „Aleppo" wieder flott zu machen; man wird das Wrack wahrscheinlich mit Dynamit sprengen müssen.

Eine Reise nach Südamerika wurde am Mittwoch auf der Leinwand vorgeführt. Die Lübecker Vertretung der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft (Carl Lassen, Große Altefähre 20/22) veranstaltet im Kolosseum mehrere Vorträge und Vorführungen dieser Art. Der Werdegang eines Riesendampfers ist vielen Bewohnern der Wasserkante bekannt und manche hatten auch schon Gelegenheit, derartige Schiffe zu besichtigen. Es steckt ungeheuer viel Kopf- und Handarbeit dahinter, bis solch ein Koloß seefertig an den Trossen liegt. Aber ist es erst so weit, dann sind die Wunder der Technik enthüllt und alle Annehmlichkeiten geschaffen, um den Auswanderungs- und Reiselustigen auf der 21tägigen Fahrt nach Südamerika Zeit und Ort recht angenehm zu machen. Der Schnelldampfer „Cap Polonia", 1913—1916 bei Blohm u. Voß in Hamburg erbaut, zählt zu den besteingerichteten Ueberseedampfern. Er erschien gestern im Film und glitt stolz die Elbe hinab, stampfte an der Küste Frankreichs und Portugals entlang und stach dann tiefer in den Atlantik, Brasilien und Argentinien zu. Auf diesem Wege lernte man die Vorzüge einer Seereise auf einem modernen Schnelldampfer kennen und sah auch, wie sich Leute mit dem nötigen Geld und beschränkten Sorgen diese verkürzen. Auch die maschinellen Anlagen werden gezeigt. Es bietet sich ferner auf dieser Reise nach Buenos-Aires Gelegenheit, schöne Städte- und Landschaftsbilder kennen zu lernen und malerische Szenerien auf dem Meere zu genießen. Der Reklamevortrag für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft bot aber trotz all diesem wenig nicht schon bekannte Sehenswürdigkeiten. Sein Vorzug ist nur die fortlaufende Aneinanderreihung der Geschehnisse. Und selbst dieser Vorzug trat am Mittwoch nur bedingt hervor. Denn der Apparat ließ die Bilder vielfach nur recht verschwommen auf der Leinwand erscheinen und dann waren die begleitenden Textbeigaben durch Kapitän Herbert viel zu monoton gehalten. Es leierte sich Bild und Wort allzu fabrikmäßig ab, zum Teil rannte eines dem andern unzeitig davon. Die Verdeutlichung des monarchistischen Flaggenbegriffes am Schlusse war recht überflüssig. Sie wird aber verständlich, wenn man bedenkt, daß gerade in Südamerika alldeutsche Kreise sitzen, die die eifrigsten Verfechter der schwarz-weiß-roten Farben sind und sich ihren Kampf gegen die Republik etwas kosten lassen.

Stapellauf. Nach dem vor kurzem stattgefundenen Stapellauf und der sofort erfolgten Inbetriebnahme eines Zwei-Sektionen-Schwimmdocks mit einer Tragfähigkeit von insgesamt 8200 To. auf der Schiffs- und Dockbauwerft Flender, Lübeck Siems, lief am 17. ds. Mts. ein weiteres Schwimmdock für den eigenen Betrieb glücklich zu Wasser. Die Tragfähigkeit dieses ebenfalls nach den neuesten Erfahrungen erbauten, mit den modernsten Einrichtungen versehenen Schwimmdocks beträgt 900 Tonnen bei einer Länge von 55 Meter und einer lichten Breite von 15,25 Meter. Die Inbetriebnahme dieses Docks wird nach Erledigung einiger kleinerer Ausrüstungsarbeiten in den nächsten Tagen erfolgen.

Vom Wesen der technischen Arbeit

Von Willy Möbus.

Vom Wesen der technischen Arbeit machen sich auch heute noch im vielgepriesenen Zeitalter der Technik ungezählte Menschen völlig falsche Vorstellungen. Die Verquickung von Handwerk und Wissenschaft hat es mit sich gebracht, daß bei der gerade unter den sogenannten „gebildeten" Kreisen herrschenden Bevorzugung der reinen Geisteswissenschaften die technische Arbeit, deren Ergebnisse man sich sehr gern gefallen läßt, nicht so gewertet wird, wie es ihren Leistungen entspricht. Es mag auch zugegeben werden, daß es leichter ist, die Arbeit des Arztes oder anderer praktischer Wissenschaftler zu beurteilen als die des Ingenieurs, die sich zum großen Teile unter Ausschluß der Oeffentlichkeit vollzieht und nur ihre Ergebnisse der staunenden Menge darbietet.

Alles technische Schaffen beruht auf Anschauung. Es fordert vom Ingenieur die Fähigkeit, plastisch denken zu können. Raum- und Formstellung müssen ihm gleichsam angeboren sein. Darüber hinaus soll er in allen Zweigen der Technik bewandert sein. Mathematik und Mechanik sind sein tägliches Rüstzeug. Er soll die Wärmetheorie, das Verhalten der Gase und Dämpfe und die kinematischen Vorgänge kennen. Er soll auf dem Gebiet der Hydraulik so gut bewandert sein wie auf dem der Elektrotechnik. Selbstverständlich stellt auch hier die Praxis Spezialaufgaben, so daß nur ein kleiner Teil aller Kenntnis jeweils benötigt wird. Die Konstruktionen des Ingenieurs sollen so einfach wie nur irgend möglich sein und dabei dennoch den höchstmöglichen Leistungsgrad erreichen. „In der Beschränkung erst zeigt sich der Meister." Dieser Satz gilt ganz besonders für den Ingenieur. Oft hat er bei seinen Arbeiten die widersprechendsten Forderungen zu erfüllen. Das verlangt eine ungeheure Denkarbeit. Es ist ganz falsch zu glauben, daß die Konstruktionen, die in stillem Schaffen erdacht, durchrechnet und schließlich gezeichnet wurden, nun auch mit dem ersten Hieb den ai sie gestellten Anforderungen und den in sie gesetzten Hoffnungen entsprechen. Der praktische Versuch gibt die Quittung darüber, ob richtig gedacht und richtig gerechnet wurde, er läßt auch erkennen, wo bessernde Hand anzulegen ist. Hier mischt sich die Wissenschaft mit der Erfahrung.

Wie sich die technische Arbeit vollzieht, möge nun an einem ganz einfachen Beispiel erläutert werden. Ein Schlosserlehrling, der mit großem Interesse bei der Arbeit war, wurde vom Schöpferwillen ergriffen und er beschloß, sich ein Paar Rollschuhe zu bauen. Ueberall, wo er Rollschuhe sah, saugte er mit den Augen, soviel er konnte. Eines Tages machte er sich daran, eine Zeichnung anzufertigen. Rein gefühlsmäßig — die Geschehnisse der Reibungslehre waren ihm noch nicht geläufig — zeichnete er seine Rollschuhe so, wie es ihm zweckmäßig erschien, machte Einzelzeichnungen für jedes Teil mit genauen Maßangaben, wie er es in der Werkstatt gesehen hatte. Und dann begann eine Zeit des heimlichen Bauens. Denn es stand ihm die Werkstatt mit all ihren Einrichtungen nicht offiziell zur Verfügung. Er wurde also zum Verbrecher an der geheiligten Fabrikdisziplin. Jede Minute, die er irgendwie verwenden konnte, war seinem heimlichen Werk gewidmet. Große Mühe verursachte die Materialbeschaffung. Nach und nach wurden die Teile fertig. Das Oberteil, auf dem der Fuß ruhen sollte, bestand aus einfachem Blech. Gummipuffer, die zur Lenkbarkeit nötig waren, und die gehörige Federung bewirkten, wurden aus einzelnen Scheiben des zum Abdichten verwendeten Gummis hergestellt. Da ihm keine Kugellager zur Verfügung standen, war er bestrebt, die Reibung durch besondere Konstruktion der Räder zu verhindern, kurz jeder einzelne Teil wurde unter Berücksichtigung der vorhandenen Mittel sorgfältig durchdacht. Und dann kam der große Tag, an dem die erste Probefahrt gewagt werden konnte. Eine abgelegene Asphaltstraße war die Fahrbahn. Zunächst klappte die Sache doch. Er bewegte sich leicht auf dem glatten Pflaster vorwärts, es ließen sich Kurven fahren, kurz, alles schien wunschgemäß gelungen zu sein. Nach dem Absteigen der Rollschuhe aber zeigte es sich, daß sie infolge der Belastung in der Mitte durchgebogen waren, auch hatte es den Anschein, als ob sie zuletzt nicht mehr so leicht gerollt wären, wie am Anfang. Nun begann eine Zeit des Bessernd. Die Fußbleche wurden versteift, die Gummipuffer durch Vollgummi, der nach langem Suchen gefunden war, ersetzt. Dann kamen wieder Probefahrten. Die Sache ging schon wesentlich besser und nun wollte er den Angehörigen seine Arbeit vorführen. Man zog also zur „Rennbahn". Siegesgewiß schnallte er seine Rollschuhe an und fuhr stolz davon, um schon nach wenigen Minuten auf der Nase zu liegen: ein Rad hatte sich gelöst. Die Befestigung der Räder war, wie sich nun herausstellte, völlig unzulänglich. Die fein erdachte reibungsvermindernde Konstruktion war die Ursache. Aber der Junge war zähe. Er sparte, bis er sich Kugellager beschaffen konnte, und nun bestanden die Rollschuhe ihre Prüfung in langen Dauerfahrten nach jeder Richtung.

Bei der Herstellung von Apparaten und Maschinen für den Markt wird in ganz ähnlicher Weise verfahren. Hier wird jedoch nach allen Regeln der Wissenschaft die Festigkeit der Teile vorher berechnet. Trotzdem können sich bei besonderen Konstruktionen die Berechnungen als unzulänglich erweisen. Aehnlich wie dem simplen Rollschuh erging es in neuester Zeit einem Transportwagen, der zur Beförderung äußerst schwerer Maschinenteile konstruiert war. Trotz der sorgfältigsten Berechnung und trotz der scharfen Abnahmeprüfung durch Koryphäen der Ingenieurwissenschaften vermochte der Wagen den ihm zugedachten Lasten nicht zu widerstehen und er bog sich in der Mitte durch. Es gibt aber auch Teile, die jeder Berechnung spotten, z. B. die sehr komplizierten Zylinderhauben der Dieselmotoren. Hier kann auch nur der Versuch endgültige Auskunft geben. Die Materialfrage ist eine äußerst wichtige Angelegenheit. Von der richtigen Beschaffenheit des Materials hängt sehr viel für den Erfolg ab. Wenn schließlich die erste Maschine eines neuen Typs auf dem Prüffeld läuft, dann beginnt die Zeit des Probierens und Verbessern, die Nerven und Ausdauer erfordert. So hat der Erfinder des Dieselmotors mit einem Stabe tüchtiger Fachleute fünf Jahre lang geprüft und verbessert, ehe die Maschine den Anforderungen entsprach. Und wenn solch eine Maschine auf dem Probierstand das leistet, was sie leisten soll, ist die Arbeit noch nicht beendet. Die moderne Industrie ist auf Massenproduktion eingestellt und verlangt daher, daß die einzelnen Teile so geformt sind, daß sie auch in Massen erzeugt werden können. Die Teile müssen für werkstattmäßige Bearbeitung geeignet sein. Sie sollen den geringsten Kostenaufwand verursachen. Das Moment der Wirtschaftlichkeit darf bei der ganzen Arbeit keinen Augenblick neben den rein technischen Fragen vernachlässigt werden. Da gibt es denn noch manche Aenderung. Gußteile müssen andere Formen bekommen, bei einigen Teilen erweist sich das benutzte Material für die Massenfabrikation als ungeeignet. Solche und andere Mängel müssen beseitigt werden, ehe sich die Herstellung einer neuen marktfähigen Maschine gewissermaßen „von selbst" vollzieht.

Damit dürfte auch der Unterschied zwischen der rein handwerksmäßigen Herstellung der Rollschuhe durch unseren Lehrling und der Erzeugung hochwertiger Maschinen für den Markt klar geworden sein. Vom genialen Gedanken bis zum fertigen Werk ist ein weiter, unendlich mühevoller Weg und wer ihn geht, muß sich von vornherein darüber klar sein, daß seine Leistung in der kapitalistischen Wirtschaft als etwas Selbstverständliches hingenommen wird, für die man ihn einfach bezahlt, und daß er, genau so wie ein alte Maschine, „ins alte Eisen" wandert, wenn seine geistige Spannkraft nachgelassen hat.

Moskauer Preise. So wie bei uns rasen auch in Sowjet-Rußland die Preise immer höher hinauf. Nur steht es dort noch bedeutend schlimmer. Aus einem, an einen hiesigen Genossen gerichteten vom 6. Januar ds. Js. datierten Privatbriefe entnehmen wir folgende Zahlen:

Zucker	kostet das Pfund (400 gr)	10	Millionen Rubel
Fleisch	„ „ „ „	4	„ „
Weizenbrot	„ „ „ „	1½	„ „
Weizenmehl	„ „ „ „	2½	„ „
Gänsefleisch	„ „ „ „	8	„ „
Butter	„ „ „ „	10	„ „
Käse	„ „ „ „	10	„ „
Schinken	„ „ „ „	35	„ „
Kaviar	„ „ „ „	85	„ „
1 Paar Gummischuhe kosten	. . . . .	80	„ „

Alle Preise in Millionen Rubel, sodaß man nicht weiß, wie man satt werden soll. Heute gab ich meiner Frau 300 Millionen und erhielt die Antwort: „Was soll ich damit anfangen??" teilt der Briefschreiber mit. Ein Leben wie in Friedenszeiten würde monatlich 5 bis 7 Milliarden Rubel erfordern. Recht interessant ist auch der seit kurzem erscheinende offizielle Kurszettel der Sowjetregierung. Am 3. Januar wurden für Geldsorten gezahlt, nach der neuen amtlich herabgesetzten russischen Währung (10 000 Rubel = 1 Gold-Rubel).

	Gold	Scheck
1 Rubel Gold	17,40	— —
1 engl. Pfund	143,50	137,—
1 Dollar	32,25	31,75
1 französischer Francs	2,—	1,90
1 schweiz. Francs	5 50	5,15
1 schwed. Krone	9 —	8,60
1 ital. Lire	1,12	1,07
1 türk. L.	16 50	15 70
1 deutsche Mark	0 0029	0,0027
1 tschech. Krone	0 75	0,70
1 Rubel Silber	8,80	—,—
1 Solotnik = 4 gr Feinsilber . .	1,50	—,—
2 dsgl. Feingold	81,—	—,—

Man sieht aus diesen Zahlen, wie tief das russische Volk im Wirtschaftselend steckt.

Die Lübecker Brandkasse (Vereinigte Städtische und Vorstädtische Brandassekuranzkasse) hat, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragend, neben der bestehenden Form der Mehrwertversicherung eine weitere neue Versicherungsform, die Versicherung mit gleitender Versicherungssumme auf Grund von Richtzahlen, die Index-Versicherung, eingeführt, die dem Versicherungsnehmer die denkbar größte Möglichkeit bietet, die Versicherungssumme dem Versicherungszwecke ziemlich anzupassen. Bei der Mehrwertversicherung liegt es im Ermessen jedes Mitgliedes, durch Beantragung eines Vielfachen zur Taxsumme die Versicherungssumme auf die ihm genügend erscheinende Höhe zu bringen, es muß nur von Fall zu Fall für die gewünschte, durch die Umstände gebotene, weitere Erhöhung einen Antrag stellen. Die Index-Versicherung bietet automatische Regelung der Versicherungssumme im Laufe des Versicherungsjahres ohne jeden Antrag des Versicherten bei steigender oder fallender Konjunktur, festgesetzt nach den Bau-Richtpreisen der Brandkasse. Es bedarf also keiner Aufmerksamkeit des Versicherungsnehmers in bezug auf die Wertschwankungen, wenn er die Versicherung mit gleitender Versicherungssumme auf Grund von Richtzahlen beantragt. Nähere Auskunft wird im Bureau der Lübecker Brandkasse, Fleischhauerstraße 18, Zimmer 10, erteilt.

ph. **Festgenommen** wurde ein Dienstmädchen von hier, das von der Staatsanwaltschaft Lübeck zwecks Verbüßung einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten gesucht wurde.

ph. **Gestohlen** wurde von einem Rollfuhrwerk auf dem Wege von der Meierstraße bis zur Friedensstraße eine Kiste mit 20 Pfd. Margarine, Mark „Küchenzauber", und 1 Pfd. Palmin, Marke „Verona". — In der Nacht zum 17. ds. Mts. ist in einem Lokal in der Dankwartsgrube eine Damenhandtasche abhanden gekommen. In der Handtasche befand sich eine schwarze, lederne Geldtasche mit etwa 11 600 Mk. in bar, 1 lange weiße Edelsteinkette, 1 goldene Brille mit runden Gläsern, 1 Paar Handschuhe, 1 Taschentuch und 1 Brillenetui mit dem Namen „Belger".

ph. **Vermißt.** Seit dem 7. d. M. wird der am 31. 3. 75 in Elberfeld geborene Arbeiter Karl Rogens vermißt. Er ist etwa 1,80 Meter groß, hat blondes Haar, blonden Schnurrbart, blaue Augen und trug bei seinem Fortgang braunen Anzug und blaue Schirmmütze. Personen, die nähere Angaben über den Aufenthalt des Vermißten machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Asba. Morgen Freitag abend spricht Genosse Leber in der Asba-Versammlung. (11991

Großer Opern- und Walzer-Abend am Freitag, dem 19. Januar, abends 7½ Uhr im Gewerkschaftshaus. Nach längerer Pause wird wieder einmal Herr Kapellmeister Rennhardt das Zepter führen. Dadurch dürfte an und für sich das Konzert schon große Anziehungskraft haben; aber noch zwei Solisten werden den Abend verschönern mit bekannten Arien. Das Programm weist viele bekannte gern gehörte Werke auf. Es wird sich empfehlen, die Vorverkaufsstellen zu benutzen. Abends ist das Rauchen nicht gestattet.

Hansa-Theater. Der Operettenschlager „Die kleine Sünderin" bleibt bis inkl. Sonntag auf dem Spielplan. Dienstag 7½ Uhr findet nach sorgfältiger Vorbereitung die Erstaufführung der Ausstattungsrevue „Madame Pompadour" von Leo Fall statt.

Stadttheater. Freitag: „Die fünf Frankfurter". Im Sonnabend-Ab. wird „Der Zar" wiederholt. Sonntag nachmittag für die Volksbühne „Mignon"; abends zum ersten Male die Operette: „Der Vogelhändler" von Zeller. Am 27. Januar ist eine Vorstellung von „Walküre" mit Gästen angesetzt. Als Walküre wurde bereits Frau Kammersängerin Kurt von Berlin verpflichtet. Verhandlungen mit Sommer, [illegible] der Berliner Staatsoper und Schützendorf von Hamburg als Wotan schweben. Die Sieglinde singt Frau Lindemangel oder Frl. [illegible], beide von der Berliner Staatsoper.

Angrenzende Gebiete.

Eutin. Wohlfahrtspflege. Bei der Regierung in Eutin ist ein Wohlfahrtsamt eingerichtet. Es steht der Regierung als leitende Stelle in allen Sachen der Wohlfahrtspflege zur Seite. Es soll den in den Gemeinden errichteten Pflegeämtern mit Anleitungen zur Hand [illegible] und erledigt auch [illegible] in der [illegible] alle Wohlfahrtsangelegenheiten allgemeiner Natur. [illegible] dem Wohlfahrtsamt die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene angegliedert worden. Das Wohlfahrtsamt hat im Regierungsgebäude ein eigenes Zimmer, in dem allen Bevölkerungskreisen unentgeltlich über alle Fragen, welche die wirtschaftliche, gesundheitliche, kulturelle und erzieherische Fürsorge betreffen, Auskunft erteilt wird. (Siehe Bekanntmachung in heutiger Nummer.) Damit das Wohlfahrtsamt nicht mit Arbeit überhäuft wird, ist es geboten, in allen diesen Fragen zuerst die Hilfe des Gemeindevorstandes (Pflegeamtes) in Anspruch zu nehmen und erst dann, wenn diese Stellen nicht helfen können, das Wohlfahrtsamt anzurufen. Dem Wohlfahrtsamt steht eine in der Kranken- und Wohlfahrtspflege ausgebildete Schwester zur Seite, die auch die Pflegeämter [illegible] und die Stadt- und Landbevölkerung in besonderen Fällen [illegible] wird. Die Bevölkerung wird gebeten, im eigenen Interesse der Wohlfahrtspflegerin [illegible] entgegenzubringen und ihr insbesondere Auskunft zu erteilen.

Hamburg. Deutscher Schiffsverkehr nach Amerika. Der Norddeutsche Lloyd nimmt nunmehr auch den Dienst auf den früheren Linien nach Philadelphia und Baltimore auf. Als erstes Schiff dieser Linie wird am 7. März der neuerbaute Dampfer „Porta" (6500 Tonnen Tragfähigkeit) von Bremen abgefertigt. In drei Wochen Abstand werden die Dampfer „Eisenach" und „Hameln" folgen. Dann wird der Dienst regelmäßig auf Grund eines achtzehntägigen Fahrplanes durchgeführt. Die Dampfer „Porta" und „Eisenach" befördern auch eine Anzahl Kajütenreisende.

Wandsbek. Ein Großfeuer entstand in der vorletzten Nacht in dem alten Wohnhaus des Landmannes Burmeister, Nolksdorferstraße 89, das jetzt als Scheune benutzt wird. Das Feuer griff rasch um sich und äscherte bald das ganze Gebäude ein, in dem bedeutende Kornvorräte lagerten. Außer den Kornvorräten wurde noch eine Dreschmaschine ein Raub der Flammen.

Harburg. Aus Unvorsichtigkeit erschossen. Mittwoch abend hantierte in einer hiesigen Restauration ein junger Mann mit einem Taschenbrowning in der Meinung, daß die Waffe gesichert sei. Der Jüngling setzte trotz Warnung den Browning an die Schläfe. Im selben Augenblick krachte ein Schuß und der junge Mann sank schwer verwundet zu Boden. Er starb nach kurzer Zeit.

Husum. 20 Millionen für einen Hengst wurden auf der Hengstkörung des Verbandes Schleswiger Pferdezuchtvereine geboten. Das Angebot aber noch nicht mal angenommen. Für einen andern Hengst wurden 17 Millionen bezahlt.

Sylt. Der Dammbau nach Sylt. Ueber den Stand des Baues der Nebenlinie Niebüll-Westerland wird dem „R. T." aus dem Reichsverkehrsministerium mitgeteilt: Der auf dem Festland liegende Teil der Linie von Niebüll bis Klanxbüll ist bereits in Betrieb genommen. Die Bauarbeiten auf der Insel Sylt sind in der Ausführung begriffen. Für die Schüttung des Dammes durch das Wattenmeer sind die erforderlichen umfangreichen baulichen Vorarbeiten, wie Herrichtung der Anschlußdämme und Deiche an der Festlandsküste, in vollem Gange, so daß bei Beginn des Frühjahrs 1923 mit dem Schütten des Hauptdammes begonnen werden kann.

Neustrelitz. Glänzender Sieg bei der Landratswahl. Bei der Wahl zur Wiederbesetzung des Landratspostens im Amte Strelitz siegte der Kandidat der Vereinigten sozialdemokratischen Partei, Genosse Dr. Foth-Berlin, mit 5074 Stimmen. Der Sammel-Kandidat aller „bürgerlichen" Parteien und Gruppen und Grüppchen, Bürgermeister Dr. Heipertz-Neustrelitz, erhielt 4019 Stimmen.

Güstrow. Zwei Menschen verbrannt. Im Heimkehrlager in Güstrow entstand in der Wohnung eines Heimkehrers durch Explosion eines Benzolbehälters ein Schadenfeuer, bei dem die Ehefrau und das 1½jährige Kind des Bewohners so schwer verbrannten, daß sie kurz nach der Aufnahme im Krankenhause starben.

. . . Uns bleibe gleich die heilige deutsche Kunst!

(Schluß.)

Was kann nun geschehen, um die Zuschüsse des Staates für Theater und Orchester unter Berücksichtigung der heutigen Geldverhältnisse, in erträglichen Grenzen zu halten? Herzlich wenig! Natürlich muß man sich zunächst abgewöhnen, was leider so manche wenigstens bei den Ausgaben immer noch nicht getan haben, die heutige Mark für eine wirkliche Mark zu halten, sondern man darf sie nur so bewerten, wie es in Anbetracht der Tatsachen möglich ist, daß die Reichsbank für zwanzig Goldmark fünfunddreißigtausend Papiermark zahlt. Wenn das geschieht, so kann eine große, künstlich aufgeblasene Zahl nicht so sehr mehr schrecken, denn heute reicht eine Million kaum aus, um davon einen bürgerlichen Familienhaushalt für ein Jahr zu bestreiten. Da die Einnahmen des Theaters nicht ausreichen, um die Ausgaben daraus bestreiten zu können, so liegt es auf der Hand, daß alles versucht werden muß, um erstere zu erhöhen und letztere zu beschränken. Die Erhöhung der Einnahmen kann nur durch eine Steigerung der Preise und des Besuches erfolgen. Erfahrungsgemäß haben gesteigerte Preise aber eine Abwanderung der Besucher zur Folge, von denen ein Teil nicht mehr in der Lage ist, zu zahlen, der andere aber sich einfach weigert, das zu tun, und deshalb dem Theater fernbleibt. Das hat sich vereinzelt auch bei der weit unter das heute notwendige Maß erfolgten Festsetzung der Abonnementspreise für die zweite Hälfte der Spielzeit gezeigt. Der Wille, nach besten Kräften mit zur Erhaltung der Kulturbühne beizutragen, ist aber leider nicht überall in genügender Weise vorhanden. Ihn zu fördern und zu wecken, sollte Aufgabe aller sein, die wissen, was auf dem Spiele steht. Der Besuch des Theaters hängt wesentlich von der Güte des Gebotenen ab. Das legt der Theaterleitung die Pflicht auf, größtes Gewicht darauf zu legen, daß nur sorgfältig vorbereitete Vorstellungen herauskommen, die schon durch sich selbst werbend wirken. Selbstverständlich ist hierzu notwendig, daß alle im Theaterdienst tätigen Personen, ganz gleich an welcher Stelle sie beschäftigt sind, auf das gewissenhafteste ihre Schuldigkeit tun. Wer am Theater nicht den ehrlichen Willen, sein Bestes herzugeben, betätigt, wer seinen Beruf nur mit Gleichgültigkeit oder Nachlässigkeit ausfüllt, wer ohne zwingenden Grund oder gar erst im letzten Augenblick absagt und dadurch die angesetzte Vorstellung unmöglich oder die Heranziehung teurer Kräfte von auswärts nötig macht, ist heute am Theater „Fehl am Ort." Die Qualität der Vorstellungen muß in erster Linie die Berechtigung geben, angemessene Eintrittspreise zu erheben.

Daß die heutigen Eintrittspreise bei weitem nicht ausreichend sind zur Deckung der Ausgaben, wurde bereits gesagt; sie betragen nur 200 bis 1200 Mark für die Aufführungen von Opern und musikdramatischen Werken. In den großen Städten, namentlich in Berlin, sind Schauspielpreise von 6000 Mk. schon seit längerer Zeit für Einheimische in Ansatz gebracht worden; Ausländer zahlen ein Vielfaches dieser Preise. Und sie werden wirklich gezahlt. Auf diese Weise werden die Theater jedoch zu Einrichtungen für die zahlungsfähigen Kreise und die Fremden. Das ist nicht erwünscht und wäre in Lübeck auch schon aus dem Grunde unmöglich, weil Fremde und Zahlungsfähige nicht in genügendem Maße vorhanden sind. Wenn aber heute auch in unserer Stadt für einen Kinosits 400 Mk. zu zahlen sind, wenn in den Wirtschaften für einige Glas Bier oder einige Tassen Kaffee gleich ein Tausender gezahlt werden muß, ganz abgesehen von den oft märchenhaften Preisen der Speisekarte, dann bleibt immer noch der weitaus billigste Genuß die künstlerische Darbietung im Theater. Früher konnte man für das Geld, welches ein Pfund Margarine, ein Pfund Butter oder Kaffee kostete, kaum den geringsten Sitzplatz im Theater erwerben, gegenwärtig würde ein Pfund Kaffee zur Bezahlung von drei Sperrsitzplätzen ausreichen. Ist es nun auch ganz unmöglich, das frühere Verhältnis zwischen den Preisen für die genannten Dinge bald wieder herzustellen, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß das Pfund Kaffee oder Margarine nicht entwertet, die künstlerische Darbietung nicht wertloser geworden ist, sondern daß sich hier nur eine ungesunde Preisverschiebung geltend macht. Da es aber außer der Macht derjenigen liegt, die für den Theaterbetrieb verantwortlich sind, die Warenpreise zu ermäßigen, müssen sie notgedrungen die Preise für ihre Darbietungen denen anderer Sachleistungen annähern. Nur auf solche Weise, und wenn das Publikum darauf eingeht, d. h. den Besuch nicht meidet, besteht die Aussicht auf Erhaltung des Theaters.

Die größte Sparsamkeit ist selbstverständlich bei den Ausgaben zu üben. Beleuchtung, Heizung und Reinigung verschlingen heute täglich Summen, die zahlenmäßig die Höhe der Gesamtausgaben für eine halbe Spielzeit vor dem Kriege ausmachen. Und dabei ist der Verbrauch an Strom-, Heizungs- und Reinigungsmaterial erheblich geringer geworden und wird weiter auf das Mindestmaß beschränkt. Daß die Gagen und Löhne des Personals zu hoch sind, dürfte niemand behaupten wollen. Dennoch gibt es zur Zeit leider keine Möglichkeit weiterer Sparmaßnahmen. Den steigenden Ausgaben kann demnach nur durch steigende Einnahmen begegnet werden. Es geht einfach nicht an, daß der Staat die Lasten der Geldentwertung allein auf sich nimmt.

Darüber muß und wird sich auch jeder klar sein, daß der Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrrevier für die deutschen Kultureinrichtungen überaus verhängnisvoll zu werden droht. Schon ist der Dollar auf 18 000 Mk. hinaufgeschnellt und niemand weiß, wie hoch er weiter klettern wird. Das bedeutet neue gewaltige Ausgaben für den Staat, neue Teuerung, neues Elend. Darf man darauf hoffen, daß unter solchen Umständen die erforderlichen Mittel zur Befriedigung des Bedürfnisses nach dem Schönen auch weiter aufgebracht werden können? Ungeheuer schwer wird es sein. Dennoch wäre es falsch, resigniert und untätig zuzusehen, wie die Welle der Not die Stätten der Kunst und Kultur überflutet und niederreißt, sondern es sollte alles getan werden, sie vor dem Untergange zu bewahren und in eine bessere Zeit hinüber zu retten. Trotz Poincare und seinen Heerscharen!

P. L.

Gewerkschaften.

Arbeitsgemeinschaft. Um in die weite Ferne zu sehen und Schlösser zu erbauen, dazu ist die Zeit zu ernst. Im Gegenteil, die denkbar größte Nüchternheit ist notwendig, wir müssen sehen, was ist. In der „Betriebsrätezeitung" Nr. 1 zeigt der Schriftleiter Dr. Striemer die Struktur unserer Wirtschaft in ihren 4 Stufen, er zeigt die Machtzentren, die bestehen, und kommt in seiner Untersuchung zu dem Ergebnis, daß eine andere Lösung als eine Arbeitsgemeinschaft mit den Unternehmerorganisationen nicht in Frage kommen kann. Eine hochinteressante Untersuchung veröffentlicht der bekannte Nationalökonom Prof. Dr. Liefmann-Freiburg über die Festsetzung der Preise nach den Wiederbeschaffungskosten, die lebhaft besprochen werden dürfte. Mit den Vorschlägen des Berliner Stadtbaurats A. Horten zu der „Erfassung der Sachwerte" beschäftigt sich ein weiterer Artikel. Zwei Aufsätze „Werkstattaussiedlung" und „Menschen untereinander" behandeln das Problem „Mensch", die Arbeit des einzelnen an sich selber. „Die organisatorischen Grundprobleme der deutschen Viehwirtschaft" untersucht Dr. Joseph Kuhn, der auf die Bedeutung der Getreideverfütterung hinweist und den Umtausch von Brotgetreide gegen konzentrierte Futtermittel fordert. Außerdem enthält diese Nummer der Betriebsrätezeitung noch andere wichtige Artikel. Hoffentlich vermehrt sich die Zahl der Bezieher auch im neuen Jahr weiter trotz der steigenden Preise. Bestellungen bei jedem Postamt oder zu halben Preisen bei den Verbänden.

Aus aller Welt.

Feuersbrunst auf einem märkischen Rittergut. Ein großes Brandunglück entstand auf dem Rittergut Wahrnow in der Westprignitz. Dort brannte ein Schafstall nieder. In den Flammen kamen über 600 Schafe um. Mitverbrannt sind große Heu- und Strohvorräte. Der Schaden ist unübersehbar. Man vermutet Brandstiftung. Durch den Landjäger wurden zwei Personen unter dem Verdacht der Täter- oder Mitwisserschaft verhaftet. — Aus Dessau meldet Wolff: Dienstag ist das berühmte Orangeriegebäude im Wörlitzer Park durch einen Brand vollständig vernichtet worden. Ueber die Entstehungsursache ist nichts bekannt. Der Schaden beträgt viele Millionen.

Zum Tode verurteilt. Aus Köln wird gemeldet: Die drei Mörder Scherkenbach, Wirgen und Schäfer, die am 6. Dezember 1922 den Belgier Orshoven in ein einsames Haus bei Siegburg lockten und ihn dort ermordeten, wurden vom Schwurgericht in Bonn zum Tode verurteilt.

Die Gräfin Schlieffen sitzt. Zu der Nachricht, wonach die wegen Aufforderung zur Ermordung des Majoratserben zu zwei Jahren Gefängnis verurteilte Gräfin Schlieffen ihre Strafe bisher nicht angetreten, sondern Strafaufschub erhalten hat, teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit, daß die Gräfin ihre Strafe jetzt im Gefängnis zu Breslau verbüßt.

Das Brot ist billiger als sein Roggen! Dem „Gemeinnützigen" wird folgendes Vorkommnis geschrieben: In einer Bäckerei in Wildeshausen erschien ein Landwirt und sagte: „Kann ick woll for fiefdusend Mark Schwartbrot ohne Marken kriegen?" Der Angeredete antwortete: „Heft Du denn kienen Roggen mehr, oder is dien Backaben kaputt, datt Du nich backen kannst. — „Ach, dat nich, Roggen heff ick noch nog und mien Backaben is ok noch uppe Reege, aber dat Brot kost hier 80 Mark dat Pund und för mienen Roggen kann ick väl mehr kriegen." — „Nu ward mi doch dat Fatt tu vull", sagt der Bäcker, „Brot gew ick die garnicks, dat back man in dien eegen Aben." Ohne ein Wort zu sagen, ging der habgierige Landwirt fort.

Appetitliche Wurst. Der Besitzer der Würzburger Abdeckerei, Georg Stürmer, der Monate hindurch das Fleisch von Tieren, das ihm zur Unbrauchbarmachung übergeben worden war, zur Anfertigung von Wurstwaren verwendet hatte, wurde vom Würzburger Schöffengericht zu 2 Monaten 8 Tagen Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Der Kutscher Max Roth aus Pfarrkirchen, der einen schwungvollen Handel mit dem Fleisch verendeter Tiere, das vornehmlich nach München gebracht wurde, betrieben hatte, wurde vom Landgericht Passau zu 1 Jahr Gefängnis und 150 000 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Zugzusammenstoß in Frankreich. Kurz vor 2 Uhr morgens ist der Expreßzug von Nantes auf einen anderen Zug auf dem Bahnhof in Tour aufgefahren. Neun Passagiere wurden zum Teil schwer verletzt.

Mit hundertdrei Jahren lebensmüde. Eine 103 Jahre alte Frau namens Elena Jovanovicz in Temesvar (Ungarn) machte ihrem Leben gewaltsam ein Ende, weil sie — des Lebens überdrüssig war. Sie hatte 13 Kinder und 20 Enkelkinder gehabt, die alle vor ihr dahingegangen waren. Ihr Vater war 102, ihre Mutter 105 Jahre alt geworden. Am Tage des Selbstmordes stand sie wie immer um 6 Uhr morgens auf, kleidete sich vollständig weiß an, schlug einen Nagel in die Wand und erhängte sich.

Dr. Cook verhaftet. Aus London wird gemeldet: Dr. Friedrich Cook, der vor 15 Jahren behauptete, vor Peary den Nordpol entdeckt zu haben, ist als Direktor einer mexikanischen Petroleumgesellschaft des Vertrauensmißbrauches angeklagt und verhaftet worden. Es handelt sich um einen Betrag von 30 Millionen Dollar.

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Eine Entfettungskur (11966

[illegible] die Korpulenten vornehmen. Wir raten Ihnen, 30 Gramm echte Toluba-Kerne zu kaufen, die wirksame, völlig unschädliche fettzehrende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie 3mal täglich 1—2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apotheke, Mengstr. 10.